

Nichtwähler der Bundestagswahl 2017

Dezember 2017

Eine Studie von Kantar Public
im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA)

Ihre Ansprechpartner:

Christoph Döbele
Consultant
t 030 533 22 209
christoph.doebele@kantarpublic.com

Oliver Sartorius
Director
t 030 533 22 204
oliver.sartorius@kantarpublic.com

Nichtwähler der Bundestagswahl 2017

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017
Stichprobenanlage:	Online-Screening der Nichtwähler unmittelbar nach der Bundestagswahl im Access-Panel, Online-Nachbefragung der identifizierten Zielpersonen
Erhebungsverfahren:	Online-Befragung (CAWI)
Erhebungszeitraum:	11. bis 17. Oktober 2017
Fallzahl:	752 Interviews
Fehlertoleranz:	Liegt mit 95 prozentiger Wahrscheinlichkeit bei einem Anteilswert von 5 Prozent bei unter 1,6 bzw. bei einem Anteilswert von 50 Prozent bei unter 3,6 Prozentpunkten
Institut:	Kantar Public
Ihre Ansprechpartner:	Oliver Sartorius +49 (0)30 533 22 204 oliver.sartorius@kantarpublic.com Christoph Döbele +49 (0)30 533 22 209 christoph.doebele@kantarpublic.com

Inhalt

1.	Zentrale Ergebnisse der Studie	4
2.	Vorbemerkungen	7
3.	Beschreibung der Zielgruppe	8
4.	Vergangenes Wahlverhalten	11
5.	Persönliche Lebensumstände und gesellschaftliche Lage	16
5.1.	Persönliche Lebensumstände	16
5.2.	Gesellschaftliche Lage	19
6.	Politische Involvierung	24
7.	Politische Einstellungen und Demokratie	28
8.	Politik und Parteien	34
9.	Nichtwahlmotive	37

1. Zentrale Ergebnisse der Studie

- Die befragten Nichtwähler sind mit etwa 46 Jahren im Durchschnitt **etwas jünger** als die wahlberechtigte Bevölkerung insgesamt. Frauen sind in der Stichprobe überproportional vertreten, dieses asymmetrische Verhältnis wird mit zunehmendem Alter der Befragten kleiner.
- Nichtwähler haben insgesamt eine leicht **unterdurchschnittliche Bildung**. Etwa sechs von zehn Befragten sind erwerbstätig. Der Arbeitslosenanteil entspricht dem niedrigen Gesamtwert in Deutschland. Die Erwerbstätigen unter den Nichtwählern sind mehrheitlich Angestellte und Arbeiter. Beamte und Selbstständige sind in der Stichprobe kaum enthalten. Darüber hinaus liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Nichtwähler etwa 600€ unter dem der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahre.
- Vier von zehn befragten Nichtwählern können als **sporadische Nichtwähler** klassifiziert werden, die normalerweise oder zumindest manchmal an Wahlen teilnehmen. Die restlichen sechs von Zehn nehmen selten bis nie an Wahlen teil und werden im Folgenden als **permanente Nichtwähler** bezeichnet. Die Wahlteilnahme wird überwiegend durch den Grad an Bildung und politischem Interesse (politische Involvierung) determiniert. Einen ebenfalls stark mobilisierenden Charakter hat eine vorhandene Parteibindung. Über diese verfügt jedoch nur jeder sechste Befragte.
- Nichtwähler zeichnen sich durch **geringes gesellschaftliches Engagement** und wenig Teilhabe aus. Sie sind kaum in Vereinen und Organisationen vertreten. Die befragten Nichtwähler waren früher aktiver als jetzt und haben sich offenbar im Laufe der Zeit sozial zunehmend zurückgezogen.
- Nichtwähler sehen ihre **eigene Lebenssituation** insgesamt negativer als die Gesamtbevölkerung. Zwar sind sieben von Zehn mit dem eigenen Leben zufrieden, aber nur die Hälfte bewertet ihre wirtschaftliche Situation als gut. Wem es besonders schlecht geht, macht verstärkt die Bundesregierung dafür verantwortlich.
- Die Mehrheit der Nichtwähler ordnet sich unteren und mittleren **Gesellschaftsschichten** zu. Nur jeder Zehnte verortet sich in der Oberschicht. Permanente Nichtwähler weisen sich selbst niedrigeren Schichten zu als sporadische Nichtwähler.
- Nichtwähler bewerten auch die aktuelle **wirtschaftliche Lage** Deutschlands negativer als die Gesamtbevölkerung. Dabei bestimmt die persönliche ökonomische Situation in hohem Maße die Sicht auf die Gesellschaft. Der Bundesregierung wird überwiegend eine große Verantwortung für die wirtschaftliche Lage zugeschrieben.

- Darüber hinaus bezeichnen Nichtwähler die **gesellschaftliche Stimmung** mehrheitlich als polarisiert, beklagen gleichzeitig einen fehlenden sozialen Zusammenhalt und sehen auch die Versorgung Schwacher durch den Sozialstaat als ungenügend an. Eine Mehrheit der Befragten fühlt sich zudem unsicher in Deutschland und ist besorgt über die Aufnahme vieler Flüchtlinge.
- Nur rund jeder fünfte Nichtwähler **interessiert sich für Politik**. Für Männer, höher Gebildete und Ältere trifft dies häufiger zu. Je mehr Berührungspunkte zum politischen Geschehen bestehen (z.B. durch Parteiidentifikation oder Gewerkschaftsverbundenheit), umso stärker steigt das Interesse der Befragten an.
- Viele Befragte **informieren** sich nur **passiv** über Politik. Am ehesten geschieht dies über Nachrichtensendungen im Fernsehen oder über die Lektüre von Lokalzeitungen. Jeder Zweite bezieht Information über soziale Medien. Überregionaler Printjournalismus hat es bei Nichtwählern dagegen äußerst schwer. Sporadische Nichtwähler konsumieren tendenziell anspruchsvollere Medien als permanente Nichtwähler.
- Insgesamt verfolgte nur jeder fünfte Nichtwähler den **Wahlkampf** zur Bundestagswahl intensiv. Die Aufmerksamkeit für das Thema steigt mit dem Maße der politischen Involvierung.
- Auch **andere politische Beteiligungsformen** – abseits von Wahlen – werden von Nichtwählern kaum in Anspruch genommen. Allenfalls niedrigschwellige Angebote finden Zuspruch, dies am ehesten bei sporadischen Nichtwählern.
- Nichtwähler sind der **Demokratie** als Idee und ihrer Funktionsweise in Deutschland gegenüber etwas kritischer eingestellt als die Gesamtbevölkerung. Zwei Drittel sind mit dem Funktionieren der Demokratie nicht zufrieden, jeder Fünfte hält die Demokratie ganz allgemein für keine gute Regierungsform. Mit besserer sozio-ökonomischer Situation und höherer politischer Involvierung werden beide Aspekte spürbar positiver bewertet. Permanente Nichtwähler stehen der Politik deutlich distanzierter gegenüber als Sporadische.
- Nur ein Viertel der Nichtwähler ist mit der **Arbeit der Bundesregierung** zufrieden. Die Bewertung des politischen Outputs und des Systems insgesamt korrelieren dabei stark. Wer sich einer der beiden Regierungsparteien gegenüber verbunden fühlt, bewertet diese natürlich spürbar positiver.
- Ein Drittel der Nichtwähler wünscht sich eine grundlegend andere Politik. Der **Reformbedarf** unter den Befragten ist damit im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung spürbar größer. Die Gruppe der Reformbefürworter setzt sich dabei äußerst heterogen zusammen: Zum einen besteht sie aus politisch Interessierten und gewerkschaftsnahen Personen, die sich durch eine größere Nähe zum politischen Geschehen auszeichnen. Zum anderen besteht sie aus Politikfernen und allgemein Unzufriedenen, die eine grundsätzliche Protesthaltung einnehmen.
- Das im Grundgesetz in Deutschland festgeschriebene **freie Mandat** für den gewählten Abgeordneten unterstützt nur jeder fünfte Nichtwähler. Eine deutliche Mehrheit – und das

über alle Teilgruppen hinweg – spricht sich für ein imperatives Mandat als Form der politischen Abordnung aus.

- Dies mag auch damit zusammenhängen, dass Nichtwähler mehrheitlich **mangelnde Einflussmöglichkeiten** auf das politische Geschehen in Deutschland kritisieren. Zudem beklagen sie **Intransparenz** und eine **hohe Komplexität** der politischen Probleme. Dies trägt nicht zum Verständnis von politischen Prozessen bei: Nur sechs von zehn Befragten können dem politischen Betrieb noch folgen und verstehen was dort vor sich geht. Es zeigt sich auch ein ausgeprägter Defätismus bzgl. des Primats der Wirtschaft über die Politik.
- **Parteien** und **Politiker** schneiden gleichermaßen **schlecht** ab bei den Nichtwählern. Neun von Zehn glauben, dass Parteien ihre Wahlversprechen nicht einhalten und es ihnen nur um die Macht gehe. Zwischen Nichtwählern und Parteien lässt sich zudem eine tiefgehende **Entfremdung** diagnostizieren: Vier von fünf Befragten finden unter den Parteien kein für sie passendes Angebot. Nur einer von Zehn glaubt, die Politiker würden sich um die Sorgen der einfachen Leute kümmern. Unterschiede zeigen sich vor allem im Maße der politischen Involvierung.
- Nicht einmal jeder zweite Nichtwähler gibt politische Motive für die konkrete **Wahlabstinenz** an. Politische Distanz und defätistische Einstellungen überwiegen dabei. Vor allem politisch Unzufriedene weisen eine ausgeprägte politische Distanz auf. Primär nicht politische Gründe wie Zeitmangel, Desinteresse und Krankheit werden insgesamt allerdings genauso häufig angeführt.
- Zur **Steigerung** der **Wahlbeteiligung** finden primär Ideen Anklang, die die Beteiligungshürden senken. Hier befürworten drei Viertel der Nichtwähler die Möglichkeit online zu wählen. Darüber hinaus wünschen sich die Befragten bessere Informationen zu Briefwahl. Grundsätzlich besonders skeptisch sind permanente Nichtwähler und generell unzufriedene Befragte. Eine Wahlpflicht lehnen die Befragten erwartungsgemäß ab.

2. Vorbemerkungen

Die Ausübung des Wahlrechts ist in einer repräsentativen Demokratie zwar nicht die einzige Möglichkeit, politisch mitzuwirken, aber doch ein sehr zentrales Element. Auch wenn die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl mit 76,2% wieder deutlich höher ausgefallen ist, stellt eine hohe „Wahlabstinenz“ Fragen nach der Repräsentativität und damit auch Legitimität der politischen Vertretung, selbst wenn die Wissenschaft darüber gespalten ist, ob dies als Krisensymptom oder (insbesondere im internationalen Vergleich) als „Normalisierungsprozess“ zu werten ist.

Ziel der Studie ist es, mehr über die Motive, aber auch über Strukturen und Präferenzen von Nichtwählern zu erfahren. Dabei soll zwischen permanenten und sporadischen Nichtwählern differenziert werden. Ferner sollen Vorschläge und Argumentationsmuster, die eine Steigerung der Wahlbeteiligung bewirken sollen, auf Ihre Resonanz und ihr Erfolgspotenzial in der Zielgruppe getestet werden. Folgende forschungsleitende Fragestellungen wurden berücksichtigt:

- Wer sind die Nichtwähler der Bundestagswahl 2017? Wie setzen sie sich strukturell zusammen?
- Vergleichende Analyse von sporadischen und permanenten Nichtwählern
- Welchen Einfluss haben sozio-ökonomische Faktoren:
 - Wirtschaftliche Lage (insgesamt/eigene)
 - Aspekte sozialer Ungleichheit
- Welche Einstellungen haben die Nichtwähler zum politischen System:
 - Politisches Interesse/politische Involvierung
 - Politikverdrossenheit
 - Einstellungen zu partizipativen Elementen
 - Einstellungen zu Politikern und Parteien
 - Einstellungen zur Demokratie
 - Mediennutzung
 - Zufriedenheit mit Bundesregierung
 - Vertrauen in Problemlösungsfähigkeit von Politik
 - Möglichkeit der persönlichen Einflussnahme
- Welche gesellschaftlichen Orientierungen lassen sich beschreiben:
 - Welches gesellschaftliche Leitbild dominiert?
 - Gesellschaftliche Teilhabe/Gefühl der Polarisierung?
- Welche Gründe haben Nichtwähler für ihre Wahlabstinenz?
- Abfrage ausgewählter Vorschläge zur Steigerung der Wahlbeteiligung

3. Beschreibung der Zielgruppe

Die befragten Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 sind im **Durchschnitt 46,1 Jahre** alt und damit spürbar jünger als die wahlberechtigte Bevölkerung insgesamt (51,61 Jahre).¹ Besonders deutlich wird dies bei den älteren Befragten: Während die Altersgruppe ab 65 Jahren nur 15 Prozent der Nichtwähler widerspiegelt, gehört rund jeder Vierte der wahlberechtigten Bevölkerung dazu (27%).² Im Osten sind die Befragten durchschnittlich etwas älter (48,0 Jahre) als im Westen (45,6 Jahre), hierfür sorgt vor allem der vergleichsweise hohe Anteil der ältesten Gruppe ab 65 Jahren im Osten (Osten: 19% vs. Westen 14%). **Frauen** sind unter den befragten Nichtwählern mit 59 Prozent deutlich **überproportional** vertreten.³ Die Unterschiede sind stabil zwischen den alten und den neuen Bundesländern, mit zunehmendem Alter wird die weibliche Überrepräsentation kleiner. Es sind also vor allem junge Frauen, die in der Stichprobe abgebildet wurden.⁵ Der Anteil an Frauen unter der Landbevölkerung ist zudem höher als in urbanen Regionen (Land: 62% vs. Stadt: 54%).

Nichtwähler der Bundestagswahl 2017 verfügen alles in allem über eine **leicht unterdurchschnittliche formale Bildung**. Der Anteil an Befragten mit Hauptschulabschluss liegt mit 38 Prozent auf etwa gleichem Niveau wie bei der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren. Im mittleren Bildungssegment weisen die Befragten einen höheren Anteil auf (37% vs. 32%), im höheren Bildungsniveau (Abitur und/oder Hochschulabschluss) liegen sie jedoch spürbar unter den Werten der deutschen erwachsenen Bevölkerung (19% vs. 30%).⁶ Damit werden in der Stichprobe die bekannten Zusammenhänge zwischen Nichtwahlverhalten und Alter einerseits, sowie zwischen Wahlabstinenz und Bildung andererseits bestätigt.

Erwerbstechnisch sind etwa sechs von zehn Befragten in Voll- oder Teilzeit tätig (58%). Der Anteil an Rentnern ist mit 21 Prozent vergleichsweise gering.⁷ Der Arbeitslosenanteil in der Zielgruppe liegt (inkl. der 1-Euro-Jobber) bei 5 Prozent und somit im Bereich der Gesamtarbeitslosenquote von 5,4%.⁸ Signifikante Ost-West Unterschiede sind für die Erwerbstätigkeit nicht erkennbar. Die erwartbaren Zusammenhänge zwischen Bildung und Erwerbstätigkeit zeigen sich auch für die befragten Nichtwähler. Mit höherer Bildung steigt der Anteil der Erwerbstätigen unter den Befragten, der Anteil an Arbeitslosen und Hausfrauen/-männern sinkt hingegen spürbar.

¹ Vgl. Bevölkerungsfortschreibung 31.12.2015, Destatis.

² Vgl. Bevölkerungsfortschreibung 31.12.2015, Destatis.

³ Dies deckt sich allerdings mit anderen Nichtwählerstudien wie den FES-Mitte-Studien 2014 (57% weiblich) und 2016 (75% weiblich). Quelle: Beate Küpper 2017: Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

⁴ Vgl. 51,6% Frauen in der wahlberechtigten Bevölkerung. Quelle: Bevölkerungsfortschreibung 31.12.2015, Destatis.

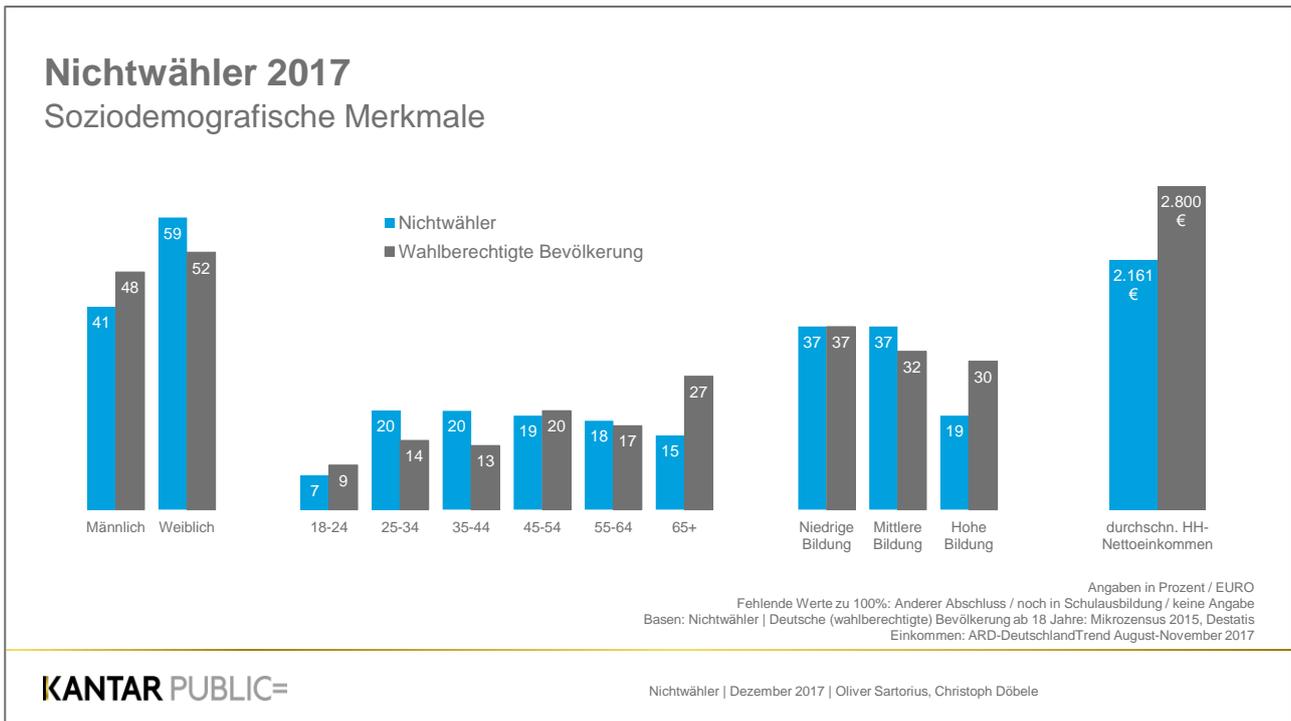
⁵ Demnach scheinen junge Frauen weniger zur Wahl gegangen zu sein als junge Männer – ob hier ein methodisches Artefakt vorliegt, wird die repräsentative Wahlstatistik zeigen.

⁶ Vgl. Mikrozensus 2015, Destatis.

⁷ Vgl. 28% Rentner an der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahre (angenähert mit Deutschen Nicht-Erwerbspersonen ab 62 Jahre). Quelle: Mikrozensus 2015, Destatis.

⁸ Stand Oktober 2017, Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick-Nav.html>), zuletzt aufgerufen am 09.11.2017.

Sieben von zehn Erwerbstätige gehören zur Gruppe der Angestellten. Jeder Fünfte ist Arbeiter, jeder Zwanzigste selbstständig und 2 Prozent sind Beamte.⁹ Der Anteil der Arbeiter steigt mit zunehmendem Alter, wohingegen in jüngeren Altersgruppen fast ausschließlich Angestellte zu finden sind (18-34: 87%). Dieser Zusammenhang dürfte sich von der Bevölkerung kaum unterscheiden, da er sowohl auf eine veränderte Arbeitsumgebung, andere Anforderungen des Arbeitsmarktes, als auch das formal höhere Bildungsniveau unter jüngeren Befragten zurückgehen kann. Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Geschlecht: Männer gehören häufiger der Erwerbsgruppe der Arbeiter an als Frauen (27% vs. 15%).



22 Prozent der Befragten in der Stichprobe wohnen in den neuen Bundesländern, dies entspricht in etwa dem Anteil der Ostdeutschen an den Wahlberechtigten. Fast zwei Drittel der Nichtwähler wohnen in einem Ein- (29%) oder Zwei-Personen-Haushalt (35%). Beim übrigen Drittel leben drei oder mehr Personen im Haushalt mit einem Durchschnitt von 3,7 Personen.¹⁰ Rund ein Drittel der Befragten lebt in ländlicheren Gemeinden mit maximal 20.000 Einwohnern (36%). 29 Prozent leben in Städten bis 100.000 Einwohnern und genauso viele in urbanen Zentren mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Befragten sind somit relativ gleich verteilt über Stadt und Land und unterscheiden sich damit nur leicht von der wahlberechtigten Bevölkerung.¹¹

Das durchschnittliche **Haushaltsnettoeinkommen** der Nichtwähler liegt bei 2.161 Euro und damit deutlich unter dem Durchschnitt der wahlberechtigten Bevölkerung (ca. 2.800 Euro)¹². Fast jeder Fünfte gab diesbezüglich allerdings keine Auskunft. Das Haushaltseinkommen ist in Westdeutschland spürbar höher als in Ostdeutschland und steigt mit zunehmender formaler Bildung.

⁹ Vgl. erwerbstätige Bevölkerung in Deutschland: Arbeiter 19%, Angestellte 65%, Beamte 5%, Selbstständige 11%. Quelle: Genesis Datenbank 2017, Destatis.

¹⁰ Vgl. deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre: 1-Pers. HH: 25%, 2-Pers. HH: 41%, 3 und mehr Pers. HH: 34%. Quelle: Mikrozensus 2015, Destatis.

¹¹ Vgl. deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre: <20.000: 43%, 20.000<100.000: 28%, 100.000+: 30%. Quelle: Mikrozensus 2015, Destatis.

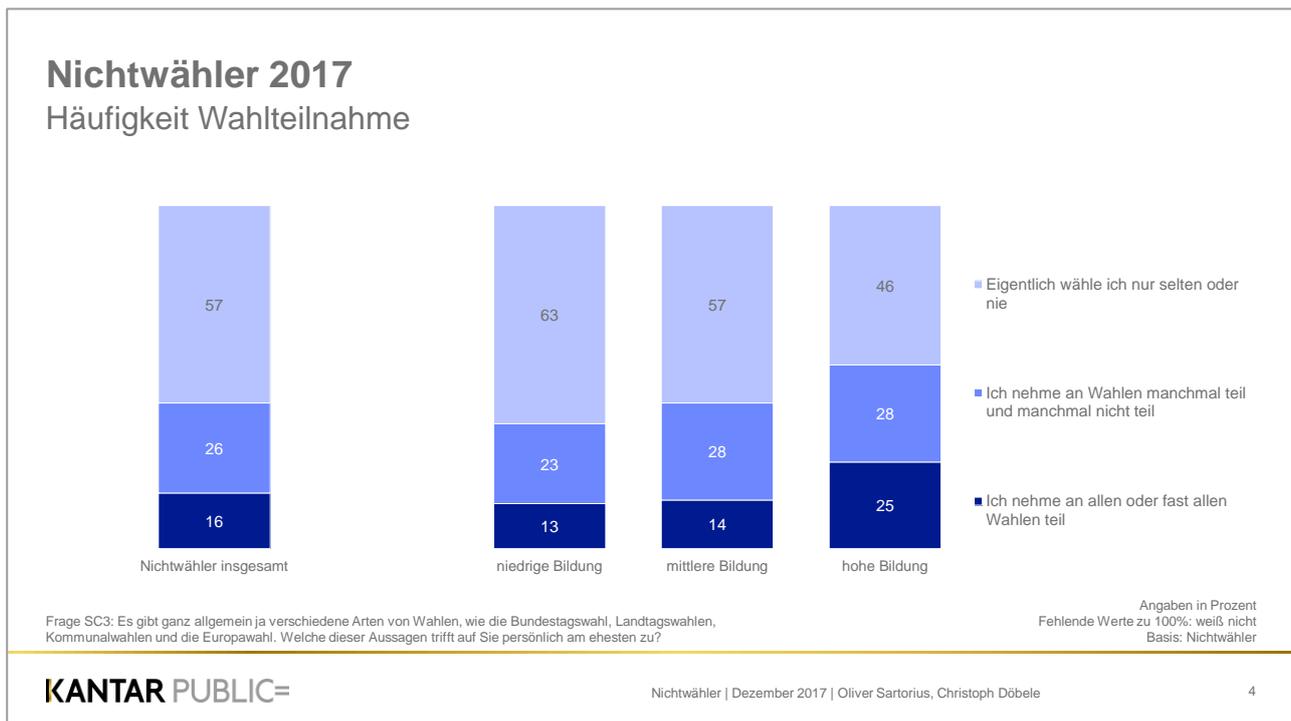
¹² Vgl. Infratest dimap 2017: ARD-DeutschlandTrend August-November (Mittelwert aus insgesamt sieben Erhebungen).

Mittlere Altersgruppen haben ein höheres Haushaltseinkommen was plausibel ist, da unter den jüngeren Befragten Personen in Ausbildung und Berufseinsteiger sind, wohingegen bei den älteren Befragten der Anteil an Rentnern dominiert.

Gut jeder fünfte Befragte bezeichnet sich als eher oder sehr religiös (23%). Deutliche Unterschiede bestehen zwischen West (27%) und Ost (11%), was vermutlich auf die frühere DDR-Sozialisierung zurückzuführen ist. Die Religiosität steigt mit zunehmendem Alter leicht an. Außerdem scheinen insgesamt zufriedener Menschen auch religiöser zu sein. Hier besteht jedoch die Möglichkeit, dass der Wirkungsmechanismus umgekehrt verläuft und der persönliche Glaube ein Stück weit zufriedener macht.

4. Vergangenes Wahlverhalten

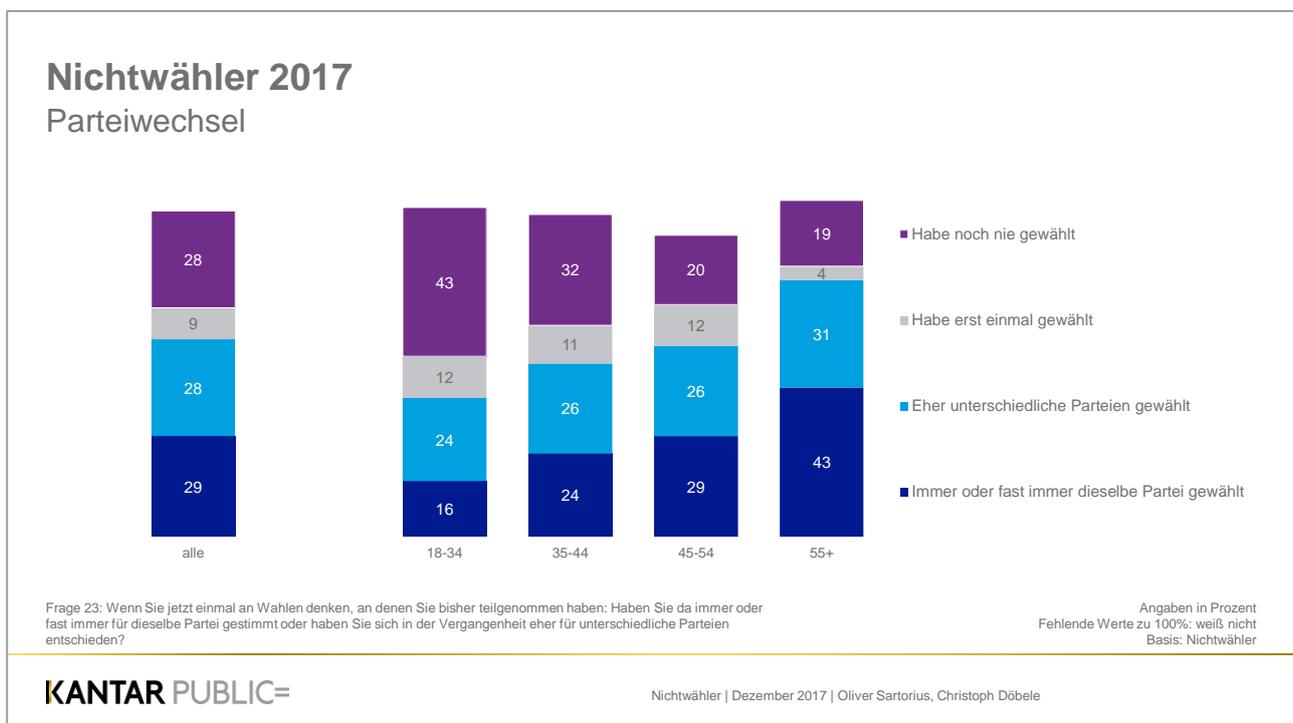
Unter den befragten Nichtwählern der Bundestagswahl 2017 gibt etwa jeder Sechste an, normalerweise an Wahlen teilzunehmen (16%), jeder Vierte nimmt nach eigenen Angaben manchmal teil und manchmal nicht teil (26%) und mehr als die Hälfte gehen nur selten oder nie zur Wahl (57%). Letztere werden von uns im Rahmen der weiteren Analyse als **permanente Nichtwähler** betrachtet, wohingegen die ersten beiden Untergruppen als sporadische Nichtwähler bezeichnet werden, deren Wahlteilnahme von verschiedenen Faktoren abhängt. Mit zunehmender formaler Bildung steigt der Anteil derjenigen, die an (fast) allen Wahlen teilnehmen (Hauptschule 13% vs. Abitur: 25%) und umgekehrt nimmt der Anteil der permanenten Nichtwähler ab (Hauptschule: 63% vs. Abitur 46%). Einen ebenfalls positiven Effekt auf die Teilnahme an Wahlen hat das Einkommen, wobei das Einkommen seinerseits stark mit Bildung als zentraler unabhängiger Variable zusammenhängt. Religiöse Menschen sind seltener permanente Nichtwähler, hier könnte eine größere Bindung an die Union ursächlich sein (siehe hierzu Kapitel 4 - Parteiidentifikation).



Bildungs- und Einkommenseffekte erklären auch, dass Arbeiter (von denen mehr als jeder Zweite eine formal niedrige Bildung aufweist) deutlich häufiger permanente Nichtwähler sind (68%) als alle Befragten (57%). Auffällig ist zudem, dass der Anteil permanenter Nichtwähler umso höher ausfällt, desto kleiner die Einwohnerzahl der Gemeinde ist (bis 20 TSD EW: 61%, 20-100TSD EW: 55%, 100+ TSD EW: 52%). Dieser Effekt wird zwar zum Teil durch die Bildungsstrukturen erklärt, da der Anteil der formal niedrig Gebildeten in den Großstädten etwas geringer ausfällt. Der Befund ist aber dennoch erstaunlich, weil man annehmen könnte, dass in kleinen Gemeinden Effekte sozialer Kontrolle die Wahlbeteiligung eher befördern, während solche in der Anonymität der Großstadt weniger greifen können.

Im Vorgriff auf eine detailliertere Betrachtung in Kapitel 6 sind folgende Befunde besonders bedeutsam und plausibel: Befragte mit ausgeprägtem politischem Interesse nehmen deutlich öfter an Wahlen teil (30%) als politisch Uninteressierte (13%). Politisches Interesse und formale Bildung sind die zentralen Treiber einer politischen Involvierung, insofern wundert der starke Effekt auf einen möglichen Wahlgang nicht. Daneben hat eine Parteiidentifikation ebenfalls einen starken positiven Effekt auf die Wahlteilnahme (starke PI: 38% vs. schwache/keine PI: 12%).

Drei von zehn Befragten haben bei den Wahlen, an denen sie bisher teilgenommen haben, immer oder fast immer **dieselbe Partei** gewählt (29%), weitere drei von Zehn haben eher unterschiedliche Parteien gewählt (28%). Die restlichen vier von Zehn haben entweder noch nie (28%) oder erst einmal (9%) gewählt. Der Anteil derer, die bei vergangenen Wahlen meist dieselbe Partei gewählt haben, ist unter älteren Befragten deutlich höher als bei Jüngeren (55+:43% vs. 18-34: 16%). Dies zeigt sich auch für Rentner (45%). Umgekehrt sinkt der Anteil derjenigen, die noch nie gewählt haben mit zunehmendem Alter.

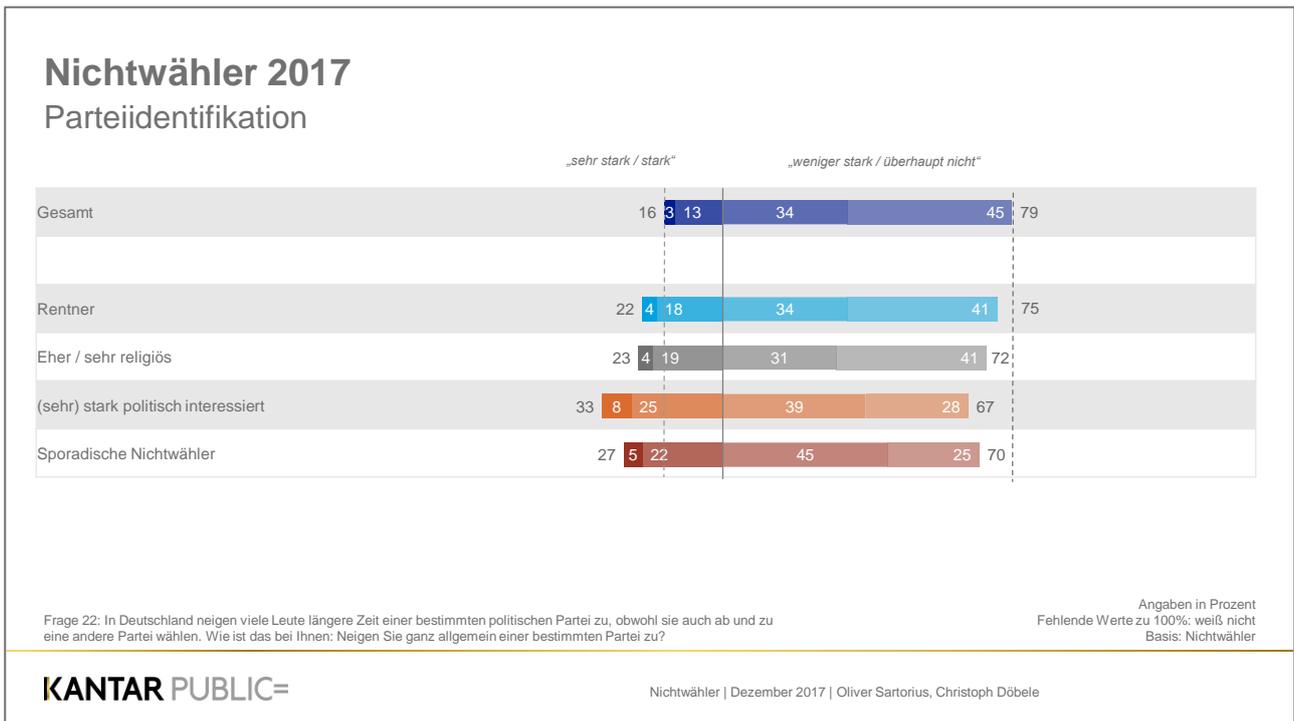


Während jeder zweite permanente Nichtwähler nach eigenen Angaben noch nie gewählt hat (48%), sind es bei den sporadischen Nichtwählern gerade einmal 2 Prozent. Etwa jeder zweite sporadische Nichtwähler (49%) hat dagegen immer oder fast immer dieselbe Partei gewählt (was auf ein Mobilisierungsproblem der entsprechenden Parteien hindeutet), während eine solche frühere Parteibindung unter den permanenten Nichtwählern deutlich seltener anzutreffen ist (14%).

Sofern die Nichtwähler zur Wahl gehen, wählen diejenigen mit starker Parteiidentifikation am konstantesten: Drei Viertel (76%) wählen stets dieselbe Partei gegenüber 22 Prozent der Befragten ohne ausgeprägte Parteibindung.

Laut Selbstauskunft verfügt nur etwa jeder sechste befragte Nichtwähler über eine **Parteiidentifikation** (16%). Acht von zehn Interviewten haben hingegen keine oder nur eine schwache dauerhafte Bindung zu einer Partei. Ältere Nichtwähler weisen einen höheren Anteil an Parteiidentifikation aus als Jüngere (55+: 21% vs. 18-34: 10%). Eine überdurchschnittlich hohe Parteinähe unter den Nichtwählern weisen zudem Rentner (22%) und (eher) religiöse Personen

(24%) auf. Traditionell gibt es gerade unter religiösen Menschen aufgrund ihrer Werteorientierung häufig eine verstärkte Parteibindung hinsichtlich der CDU/CSU. Diese Bindekraft ist nach wie vor vorhanden, auch wenn sie durch einen Rückgang der Religiosität seit Bestehen der Bundesrepublik deutlich nachgelassen hat. Wenig verwunderlich ist auch der positive Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Parteiidentifikation. Immerhin jeder dritte Befragte, der politisch (sehr) stark interessiert ist, hat eine Parteibindung. Sporadische Nichtwähler weisen im Gegensatz zu permanenten Nichtwählern ebenfalls eine höhere Parteibindung auf (27% vs. 8%), da die Wahlteilnahme spürbar positiv durch eine Parteineigung beeinflusst wird. Überraschenderweise zeigt Bildung keinen direkten signifikanten Effekt.

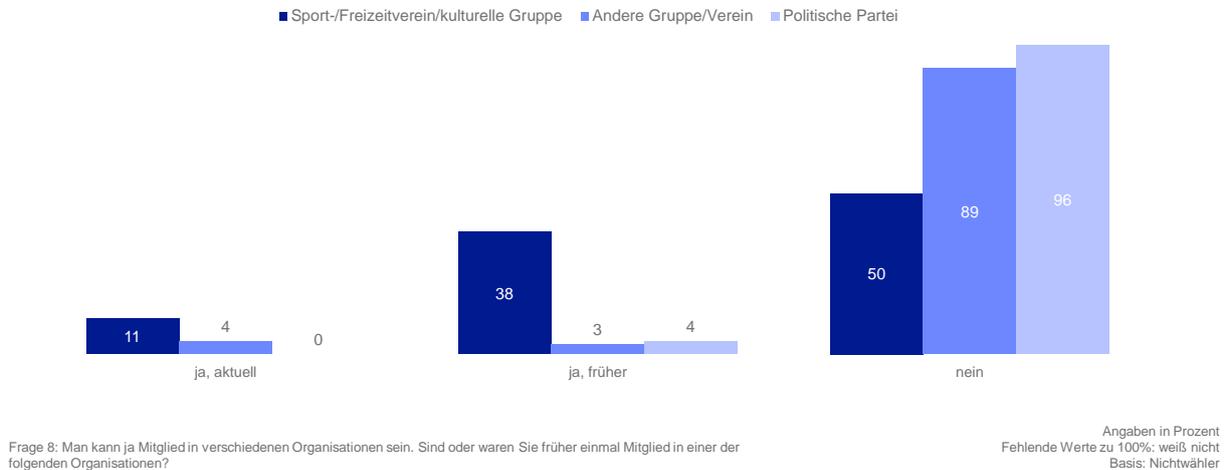


Nur eine **Minderheit** der befragten Nichtwähler **engagiert sich gesellschaftlich**. Während die Mitgliedschaft in einer politischen Partei gegen Null geht, sind derzeit 11 Prozent in einem Sport- oder Freizeitverein aktiv. In der Vergangenheit waren die Befragten stärker involviert, immerhin 4 Prozent geben an, früher Mitglied einer Partei gewesen zu sein, und 38 Prozent waren Mitglied eines Vereins. Eine Mehrheit jedoch hat sich bereits in der Vergangenheit nicht gesellschaftlich engagiert und tut dies auch heute nicht. Im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung fällt der Anteil an Vereinsmitgliedern bei Nichtwählern deutlich niedriger aus. Auf etwa 61,7 Mio. Wahlberechtigte kommen im Jahr 2016 alleine ca. 23,8 Mio. Mitglieder in Sportvereinen in Deutschland.¹³ Das entspricht einem Anteil von ca. 38,6 Prozent. Während das frühere Engagement der Nichtwähler also ziemlich genau mit dem der Wahlberechtigten übereinstimmt, zeichnen sich aktuelle Nichtwähler durch ein deutlich geringeres Engagement aus – möglicherweise ein Indiz für einen Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe oder sogar für soziale Isolation.

¹³ Vgl. Statista 2017 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/215297/umfrage/bevoelkerungsanteil-mit-einer-mitgliedschaft-im-sportverein-nach-alter/>). Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund 2017. Zuletzt aufgerufen am 04.12.2017.

Nichtwähler 2017

Gesellschaftliche Involvierung



KANTAR PUBLIC=

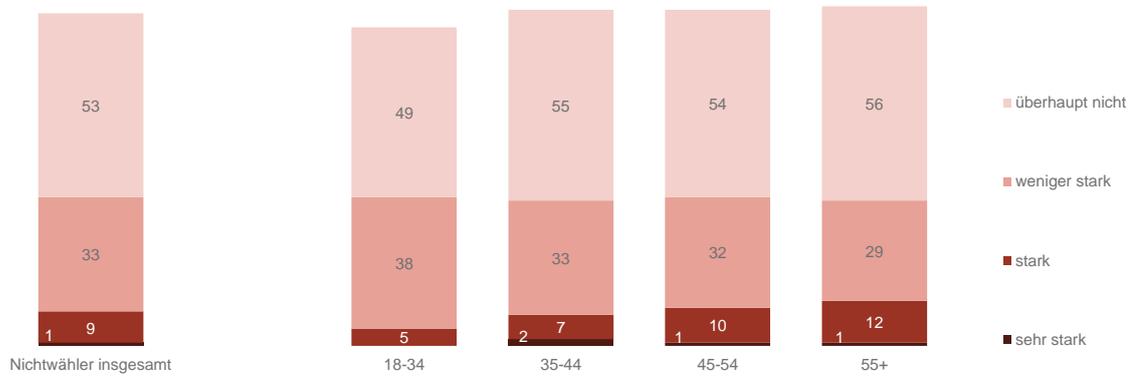
Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Diese These wird dadurch bestätigt, dass sich sowohl Bildung als auch Einkommen stark positiv auf die Mitgliedschaft in Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen auswirken. Ebenfalls interessant ist die Tatsache, dass sporadische Nichtwähler öfter einem Verein angehören (15%) als permanente Nichtwähler (9%). Sie scheinen, nicht zuletzt aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Situation, gesellschaftlich aktiver zu sein. Auch Menschen, die insgesamt zufriedener mit ihrem Leben sind, sind häufiger in Vereinen anzutreffen. Der Rückgang bei Mitgliedschaften in Parteien legt die Vermutung der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Partei oder dem politischen Prozess, dem politischen System als Ganzem nahe. Auch von politisch Interessierten (früher: 13% Parteimitgliedschaft) oder Befragten mit starker Parteiidentität (früher: 8% Parteimitgliedschaft) gibt aktuell niemand mehr an, Mitglied einer Partei zu sein.

Auch mit den **Gewerkschaften** fühlt sich nur jeder zehnte Nichtwähler verbunden (10%). Gerade jüngere Nichtwähler (6%) identifizieren sich kaum noch mit Arbeitnehmervertretungen. Ältere (14%) und Männer (14%) haben stärkere Verbindungen, jedoch auch auf schwachem Gesamtniveau. Traditionell höhere Bindungen weisen Arbeiter auf (18%), wobei sich auch unter ihnen nur knapp jeder Fünfte mehr oder weniger stark mit den Gewerkschaften identifiziert. Ähnlich sieht es für Nichtwähler mit Parteiidentifikation aus (15%). Hier liegt die Vermutung nahe, dass es sich um eine von der SPD oder Linkspartei geprägte Gruppe handelt.

Nichtwähler 2017

Gewerkschaftliche Nähe



Frage 9: Wie stark fühlen Sie sich Gewerkschaften verbunden?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
Basis: Nichtwähler

KANTAR PUBLIC

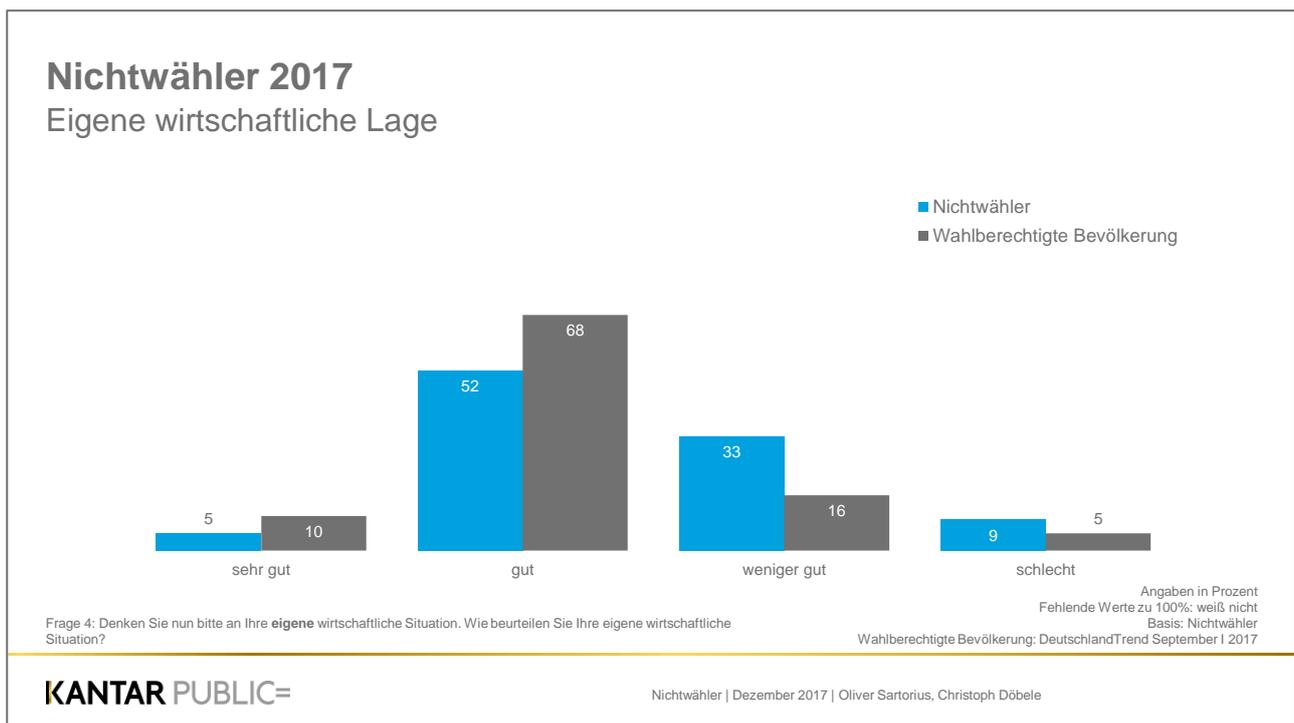
Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Die bisherige Analyse wird dadurch bestätigt, dass sporadische Nichtwähler (13%) eine etwas stärkere Gewerkschafts-Affinität haben als permanente Nichtwähler (8%).

5. Persönliche Lebensumstände und gesellschaftliche Lage

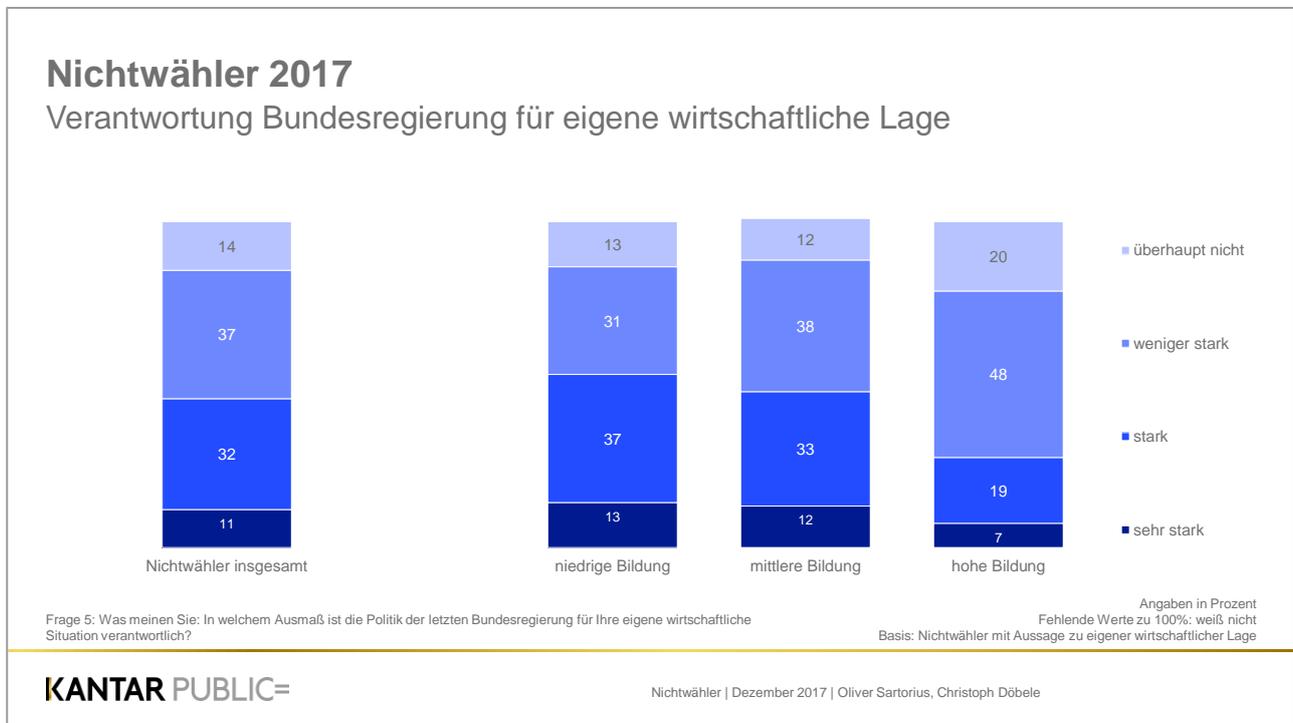
5.1. Persönliche Lebensumstände

Um die politischen Einstellungen der befragten Nichtwähler besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die persönlichen Lebensumstände der Zielpersonen und ihre Sicht auf die Gesellschaft. Die **persönliche wirtschaftliche Situation** gestaltet sich nach eigener Auskunft bei etwas mehr als der Hälfte der Befragten gut (52%) oder sogar sehr gut (5%). Im Vergleich zur gesamten wahlberechtigten Bevölkerung geht es den Nichtwählern jedoch spürbar schlechter. Die Selbsteinschätzung der Befragten korrespondiert in dieser Hinsicht mit den bereits beschriebenen Differenzen gegenüber der wahlberechtigten Bevölkerung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen.



Zwischen Ost und West gibt es unter den Nichtwählern keine signifikanten Unterschiede, dafür aber beim Geschlecht: Männer (61%) empfinden ihre ökonomische Situation spürbar besser als Frauen (54%). Einen leicht positiven Effekt hat das Alter. Dies erscheint insofern plausibel, als das mit zunehmender Dauer der Berufstätigkeit in der Regel auch höhere Einkommen einhergehen. Ebenfalls erwartbar ist der positive Zusammenhang zwischen formaler Bildung bzw. Haushaltsnettoeinkommen und Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Sporadische und permanente Nichtwähler weisen diesbezüglich keine Unterschiede auf.

Der **Bundesregierung** wird ein erhebliches Maß an **Verantwortung** für die individuelle ökonomische Situation zugeschrieben: Jeder Zehnte (11%) sieht die Regierung sehr stark und weitere drei von Zehn (32%) stark in der Verantwortung. Die andere Hälfte der Nichtwähler (51%) sucht die (Haupt-)Verantwortung für die eigene wirtschaftliche Lage dagegen nicht primär bei der Bundesregierung.



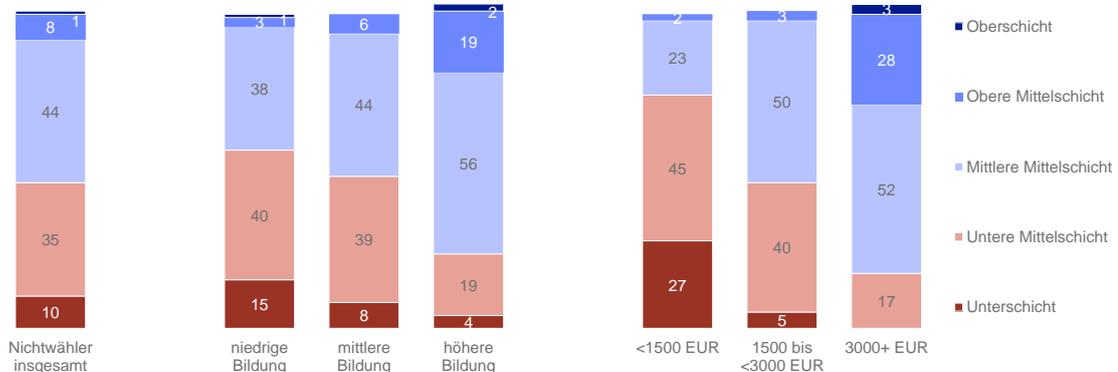
Die Analyse der Teilgruppen weist einen spürbaren Zusammenhang mit dem formalen Bildungsgrad auf. Während jeder Zweite (50%) formal niedrig Gebildete der Regierung die (Haupt-)Verantwortung zuschreibt, ist es unter formal hoch Gebildeten nur jeder Vierte (26%). Hier spielt neben Bildung an sich auch das Einkommen als Mediatorvariable eine Rolle. Personen, denen es nach eigener Einschätzung wirtschaftlich schlecht geht, nehmen die Bundesregierung hierfür deutlich stärker in die Pflicht (58%) als es Personen tun, denen es gut geht (32%). Hier zeigt sich ein bekanntes psychologisches Muster: Für den eigenen Erfolg ist man selbst verantwortlich, während Misserfolge gerne externalisiert werden. Ebenfalls auffällig ist, dass Rentner die Regierung stärker für ihre Lage in die Pflicht nehmen (57%) als andere. Da die Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rente von der Politik bestimmt werden, scheint dies nachvollziehbar. Zwischen sporadischen und permanenten Nichtwählern zeigen sich dagegen nur vergleichsweise geringe Unterschiede.

Betrachtet man die **eigene Schichtzuschreibung** der Befragten, so verorten sich etwa gleich viele in Unter- und unterer Mittelschicht (45%) sowie in der mittleren Mittelschicht (44%). In den beiden oberen gesellschaftlichen Segmenten kategorisiert sich nur rund jeder Zehnte (9%). Damit unterschieden sich Nichtwähler allenfalls geringfügig von der Einstufung der Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.¹⁴

¹⁴ Nach einer Studie von polis im Auftrag des BPA vom Mai 2016 stufen sich 48% der Bevölkerung in der Unterschicht / Arbeiterschicht / unteren Mittelschicht ein, 41% in der Mittelschicht und 9% in der oberen Mittelschicht / Oberschicht.

Nichtwähler 2017

Subjektive Schichtzugehörigkeit



Frage 6: Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher der folgenden Schichten rechnen Sie sich selbst zu?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%; weiß nicht
Basis: Nichtwähler

KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Diese Selbsteinstufung wird maßgeblich von Bildung und Einkommen bestimmt. Während sich nur 4 Prozent der Hauptschüler zur Oberschicht zählen, stuft sich jeder fünfte Abiturient im oberen gesellschaftlichen Drittel ein (21%). Geringverdiener mit weniger als 1500 Euro Haushaltsnettoeinkommen stufen sich zu fast drei Vierteln (72%) den unteren beiden Gesellschaftssegmenten ein, während es bei Nichtwählern mit einem Einkommen von über 3000 Euro nicht einmal jeder Fünfte ist (17%).

Auffällig ist zudem, dass sich Single-Haushalte überdurchschnittlich häufig der Unterschicht (13%) bzw. der unteren Mittelschicht (41%) zuordnen. Permanente Nichtwähler (50%) stufen sich zudem häufiger in den unteren beiden Segmenten ein als sporadische Nichtwähler (39%).

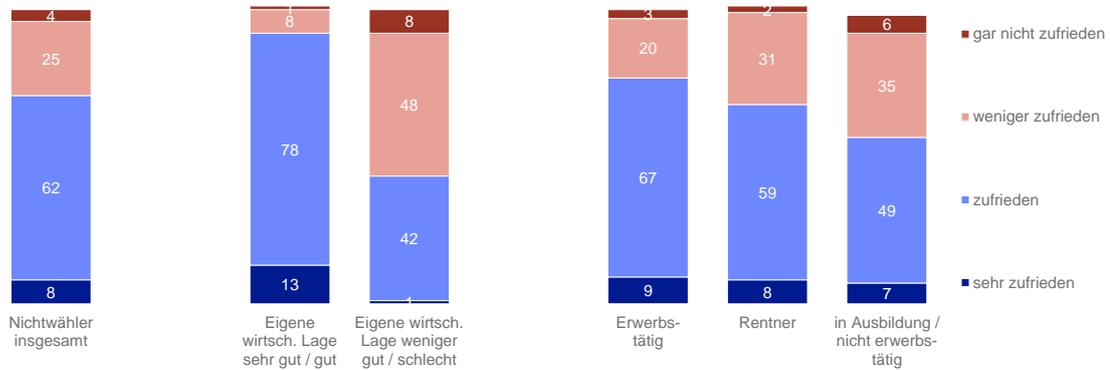
Mit dem **eigenen Leben ganz allgemein** sind wiederum sieben von zehn befragten Nichtwählern **zufrieden** (62%) oder sogar sehr zufrieden (8%). Knapp jeder dritte Nichtwähler zeigt sich weniger (25%) oder gar nicht zufrieden (4%).¹⁵

Diese Einschätzung wird in hohem Maße von sozio-ökonomischen Faktoren wie Bildung und Einkommen beeinflusst: Neun von zehn Befragten, deren wirtschaftliche Situation gut ist, sind mit ihrem Leben zufrieden (91%), wohingegen nur vier von zehn mit unzureichender ökonomischer Situation zufrieden im Leben sind (43%). Erwerbstätige (76%) sind zufriedener als Rentner (67%) und als Personen, die ohne Arbeit oder noch in Ausbildung sind (56%). Ursächlich dafür dürfte im Wesentlichen ebenfalls der ökonomische Status sein.

¹⁵ Zum Vergleich: Nach Angaben der Europäischen Kommission waren im Mai 2017 93 Prozent der Deutschen ab 15 Jahren sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden. Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153748/umfrage/allgemeine-zufriedenheit-mit-dem-eigenen-leben/> (Abruf am 10.11.2017).

Nichtwähler 2017

Lebenszufriedenheit



Frage 1: Zu einem guten Leben gehören ja verschiedene Aspekte. Mal **alles in allem** betrachtet, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit Ihrem Leben?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
Basis: Nichtwähler

KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Auch sind religiöse Nichtwähler (76%) mit ihrem Leben etwas häufiger zufrieden als nicht-religiöse (68%). Das könnte darauf zurückzuführen sein, dass religiöse Menschen möglicherweise eine stärkere Sinn-Orientierung in ihrem Leben aufweisen – was gemeinhin als zufriedenheitsstiftend angenommen wird. Vermutlich spielt aber auch ganz profan eine Rolle, dass religiöse Befragte ein (geringfügig) höheres Haushaltsnettoeinkommen angeben.

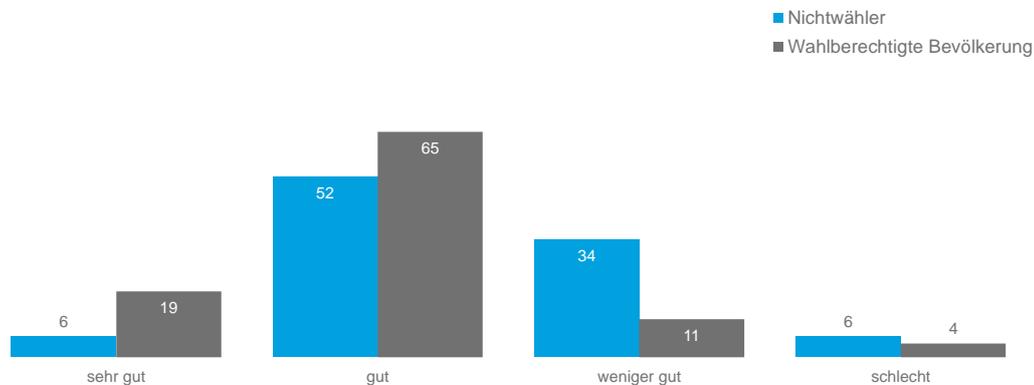
5.2. Gesellschaftliche Lage

Wie sich gezeigt hat, bewerten die befragten Nichtwähler ihre eigene ökonomische Situation schlechter als die Gesamtheit der Wahlberechtigten. Gleiches gilt für die Beurteilung zur **allgemeinen wirtschaftlichen Lage** in Deutschland. Zwar glaubt eine Mehrheit von 58 Prozent, dass es Deutschland wirtschaftlich gut geht, unter allen Wahlberechtigten sind jedoch 84 Prozent dieser Ansicht.¹⁶ Damit bewerten die Nichtwähler die allgemeine wirtschaftliche Lage fast genauso wie die persönliche wirtschaftliche Situation.

¹⁶ Vgl. Infratest dimap (2017): ARD-DeutschlandTrend September III.

Nichtwähler 2017

Allgemeine wirtschaftliche Lage



Frage 2: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Deutschland?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%; weiß nicht
Basis: Nichtwähler
Wahlberechtigte Bevölkerung: DeutschlandTrend September III 2017

KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

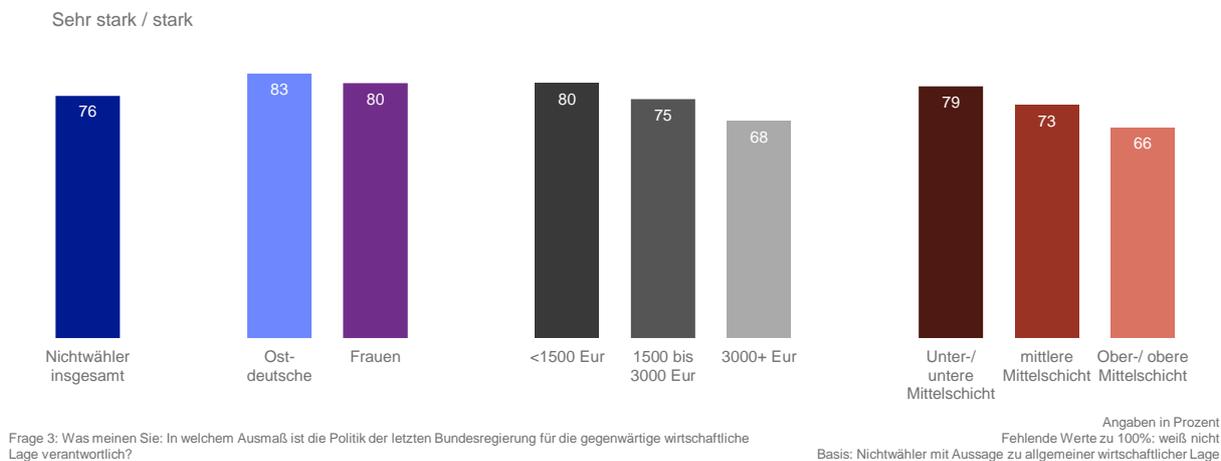
Die Teilgruppenanalyse zeigt, dass Frauen (51%) die wirtschaftliche Lage deutlich schlechter beurteilen als Männer (68%). Aufgrund des erhöhten Frauenanteils in der Stichprobe, die wiederum verstärkt auf dem Land wohnen, lässt sich zum Teil auch ein Stadt-Land Unterschied erklären: Befragte in ländlichen Gebieten bewerten die wirtschaftliche Lage nämlich schlechter (55%) als Stadtbewohner (66%). Ein weiterer Grund könnten strukturelle Unterschiede und die Verteilung von Arbeitsplätzen sein. Darüber hinaus steigt mit zunehmender Bildung (Abitur: 78%) und Einkommen (über 3000 Euro: 73%) die positive Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage. Es ist davon auszugehen, dass die eigene finanzielle Situation die Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu einem erheblichen Anteil prägt: Wer die eigene wirtschaftliche Situation positiv erlebt, ist nicht nur in hohem Maße mit dem eigenen Leben zufrieden (91%), sondern schätzt auch die wirtschaftliche Lage insgesamt häufiger als gut ein (73%). Wer dagegen die eigene wirtschaftliche Situation als weniger positiv empfindet, ist nicht nur seltener mit dem eigenen Leben zufrieden (43%), sondern bewertet auch die gesamtwirtschaftliche Lage deutlich weniger optimistisch (sehr gut/gut: 38%).

Interessanterweise bewerten sporadische Nichtwähler (67%) die wirtschaftliche Lage in Deutschland besser als permanente Nichtwähler (51%) – während sich in der Bewertung der persönlichen Situation kaum Unterschiede zeigten. Permanente Nichtwähler, die in vieler Hinsicht unzufrieden sind, weisen auch hier eine pessimistischere Sicht auf als sporadische Nichtwähler.

Hinsichtlich der **aktuellen wirtschaftlichen Lage** in Deutschland wird der Bundesregierung ein hohes Maß an **Verantwortung** zugewiesen. Drei Viertel der Befragten glauben, dass die Regierung hierfür stark (56%) oder sogar sehr stark (20%) verantwortlich sei. Zum Vergleich: Für die eigene wirtschaftliche Situation wurde sie von knapp der Hälfte der Befragten (44%) in die Pflicht genommen.

Nichtwähler 2017

Verantwortung Bundesregierung für allgemeine wirtschaftliche Lage



KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Frauen (80%) nehmen die Bundesregierung diesbezüglich stärker in die Pflicht als Männer (69%). Gleiches gilt für Befragte mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen (80%) oder Personen, die sich den unteren Gesellschaftsschichten zuordnen (79%). In allen diesen Gruppen korrespondiert die Zuschreibung von Verantwortung mit einer schlechteren Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage.

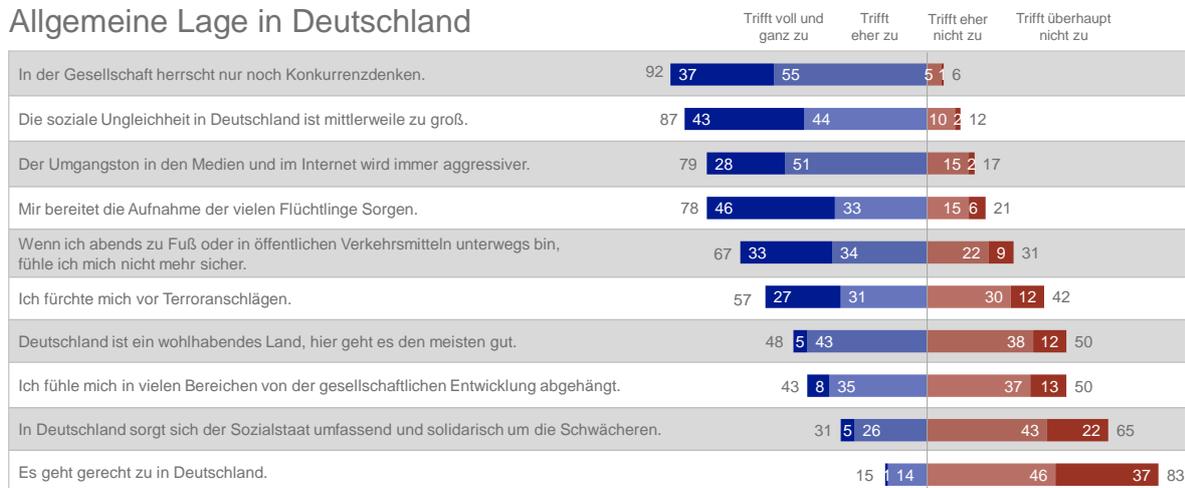
Ostdeutsche Nichtwähler bewerten die wirtschaftliche Lage zwar insgesamt ähnlich wie westdeutsche Nichtwähler, machen die Bundesregierung aber spürbar stärker dafür verantwortlich (Ost: 83% vs. West: 74%). Dieser Befund dürfte mit der Rolle des Staates in der Geschichte der DDR zusammenhängen: Einerseits kam diesem in der sozialistischen Planwirtschaft eine ganz zentrale Bedeutung zu, andererseits übernahm aber auch in der Übergangsphase zur bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung mit der Treuhand eine quasi-staatliche Holding eine zentrale Funktion, die viele Ostdeutsche Erwerbsbiographien nachhaltig beeinflusst haben dürfte. Entsprechende Prägungen dürften in Teilen der Bevölkerung sicher noch eine gewisse Nachwirkung entfalten.

Die **allgemeine Stimmung in Deutschland** ist nach Ansicht der Befragten geprägt durch ein hohes Maß an **Polarisierung**. Mehr als neun von zehn Nichtwählern glauben, in der Gesellschaft herrsche nur noch Konkurrenzdenken (92%). Acht von Zehn finden, dass auch der Umgangston in den Medien immer aggressiver wird (79%).

Zwar sieht fast jeder zweite Nichtwähler Deutschland als wohlhabendes Land, in dem es den meisten Menschen gut geht (48%), aber fast genauso viele fühlen sich von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt (43%). Dem **sozialen Zusammenhalt** stellen die Befragten ein entsprechend schlechtes Zeugnis aus: 87 Prozent glauben, die soziale Ungleichheit in Deutschland sei mittlerweile zu groß. Nur knapp jeder Siebte findet, es gehe gerecht zu in Deutschland (15%). Gerade einmal ein Drittel bescheinigt dem Sozialstaat, sich umfassend und solidarisch um die Schwächeren zu kümmern (31%).

Nichtwähler 2017

Allgemeine Lage in Deutschland



Frage 10: Im Folgenden sehen Sie einige Aussagen zur aktuellen Situation in Deutschland. Bitte geben Sie an, inwieweit diese Aussagen Ihrer Meinung nach zutreffen.

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%; weiß nicht
Basis: Nichtwähler

KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Vor diesem Hintergrund bereitet die Aufnahme vieler Flüchtlinge acht von zehn Nichtwählern Sorge (78%). Wie emotional dieses Thema belegt ist, bemisst sich auch daran, dass kein anderer Aspekt auf stärkere uneingeschränkte Zustimmung stößt. Dies betrifft nicht nur die soziale Aspekte bei denen Flüchtlinge möglicherweise als Konkurrenz in Verteilungsfragen empfunden werden, sondern vor allem auch die **gefühlte Sicherheit**: Zwei Drittel fühlen sich unwohl, wenn sie abends zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind (67%). Mehr als die Hälfte gibt zudem an, sich vor Terroranschlägen zu fürchten (57%).

Die befragten Nichtwähler zeichnen somit ein eher negatives Bild der aktuellen Stimmung in Deutschland. Noch deutlicher wird dies im **Vergleich der Nichtwähler zur Wohnbevölkerung** in Deutschland ab 18 Jahren. So sehen die Nichtwähler ein größeres gesellschaftliches Konkurrenzdenken (+10 Prozentpunkte), glauben weniger an den Sozialstaat (-8 Prozentpunkte), an Gerechtigkeit im Land (-9 Prozentpunkte) und daran, dass es den meisten gut geht (-15 Prozentpunkte). Auf der anderen Seite haben die befragten Nichtwähler abends größere Sicherheitsbedenken als die Gesamtbevölkerung (+12 Prozentpunkte) und stehen Flüchtlingen deutlich kritischer gegenüber (+16 Prozentpunkte).¹⁷

In den Teilgruppen zeigt sich, dass sich Frauen (78%) nicht nur im Alltag häufiger unsicher fühlen als Männer (51%), sondern dass sich diese **Geschlechterunterschiede** auch im Hinblick auf Furcht vor Terroranschlägen manifestieren (Frauen: 68% vs. Männer: 42%). Frauen (47%) fühlen sich auch in stärkerem Maße von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt als Männer (36%).

Weitere Unterschiede sind hinsichtlich **formaler Bildung** erkennbar: Höher Gebildete (56%) zeigen ein deutlich größeres Vertrauen in den Sozialstaat als Befragte mit niedriger (23%) oder mittlerer Bildung (26%). Ein ähnliches Muster zeigt sich bezüglich der Einschätzung, dass es den meisten Menschen in Deutschland gut geht (niedrige Bildung: 42% vs. Hohe Bildung: 70%). Die **ökonomische Situation** der Befragten hat auch einen messbaren Einfluss auf die Sorgen bezüglich Flüchtlingen und das eigene Sicherheitsempfinden: Wer seine eigene wirtschaftliche Situation eher

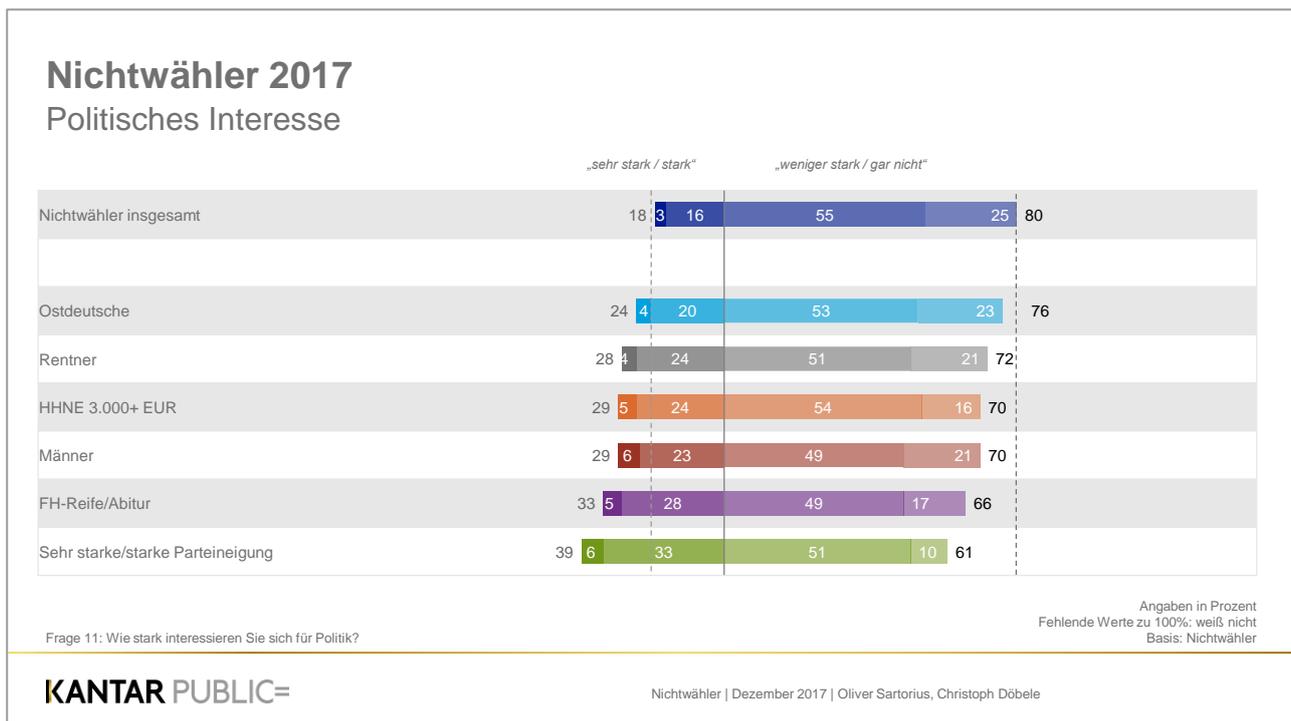
¹⁷ Vgl. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

schlecht einschätzt, der hat mehr Sorgen wegen der Zahl der Flüchtlinge (85% vs. 73%), der hat mehr Angst vor Terroranschlägen (67% vs. 50%) und der fühlt sich unsicherer, wenn er abends in der Öffentlichkeit unterwegs ist (75% vs. 61%).

Sporadische Nichtwähler glauben eher, dass Deutschland ein wohlhabendes Land sei (55%) als permanente Nichtwähler (43%), zudem fühlen sich erstere weniger stark gesellschaftlich abgehängt (38%) als letztere (46%). In beiden Fällen dürfte die eigene ökonomische Situation ausschlaggebend sein. Unabhängig davon gilt: Je **zufriedener** die Befragten mit ihrem gegenwärtigen Leben sind, desto positiver bewerten sie die Situation in Deutschland. Dies gilt durchweg für alle in diesem Zusammenhang abgefragten Statements.

6. Politische Involvierung

Nur rund jeder fünfte Nichtwähler **interessiert sich** stark oder sehr stark **für Politik** (18%). In der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren ist es dagegen mehr als jeder Zweite (54%).¹⁸ Das politische Interesse ist also überaus schwach ausgeprägt.

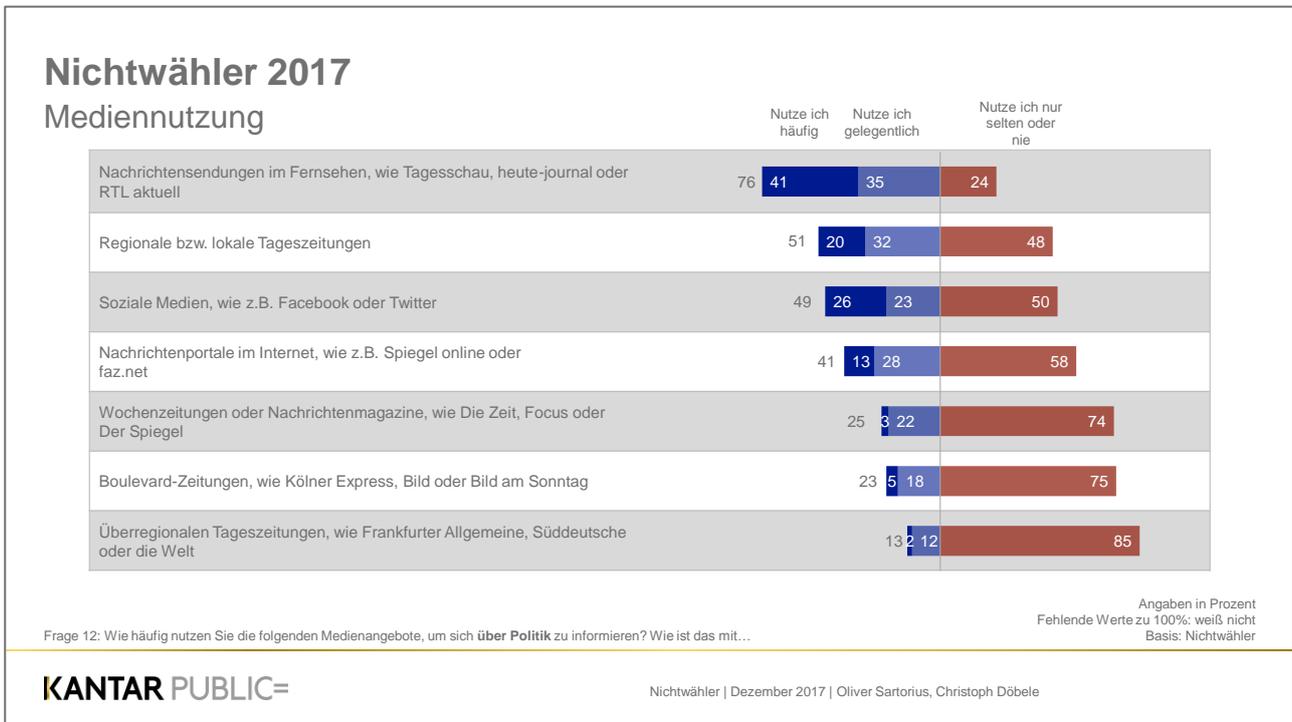


Der sonst eher als unpolitisch geltende Osten (24%) zeigt sich interessierter als der Westen (16%). Auch zwischen den Geschlechtern gibt es einen Unterschied. Hier zeigt sich das bekannte Muster, dass Männer (29%) politisch interessierter sind als Frauen (11%). Aufgrund des hohen Frauenanteils unter den Nichtwählern, wirkt sich dieser Zusammenhang auch auf die Gesamtwerte aus. Erwartbare positive Zusammenhänge mit dem politischen Interesse zeigen sich in Bezug auf Alter, Bildung und Einkommen. Sporadische Nichtwähler (27%) besitzen spürbar größeres Interesse als permanente Nichtwähler (12%). Weitere positive Effekte zeigen Gewerkschaftsverbundenheit (28%) und Parteiidentifikation (39%), beides Berührungspunkte zum politischen Geschehen.

Die befragten Nichtwähler besitzen klare Präferenzen in ihrer **Mediennutzung**. Über das politische Geschehen informieren sich die meisten (76%) durch Nachrichtensendungen im Fernsehen. Etwa die Hälfte liest (zudem) den Politikeil regionaler Tageszeitungen. Die Nutzung sozialer Medien zum Zwecke der politischen Information (49%) ist erstaunlicherweise weiterverbreitet als die Nutzung von Nachrichtenportalen im Internet (41%). Das ist ein Hinweis darauf, dass politische Informationen wohl häufig nicht gezielt gesucht werden, sondern eher passiv wahrgenommen werden, ohne dass ihnen eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Überregionale Print-Medien spielen nur noch

¹⁸ Quelle: Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

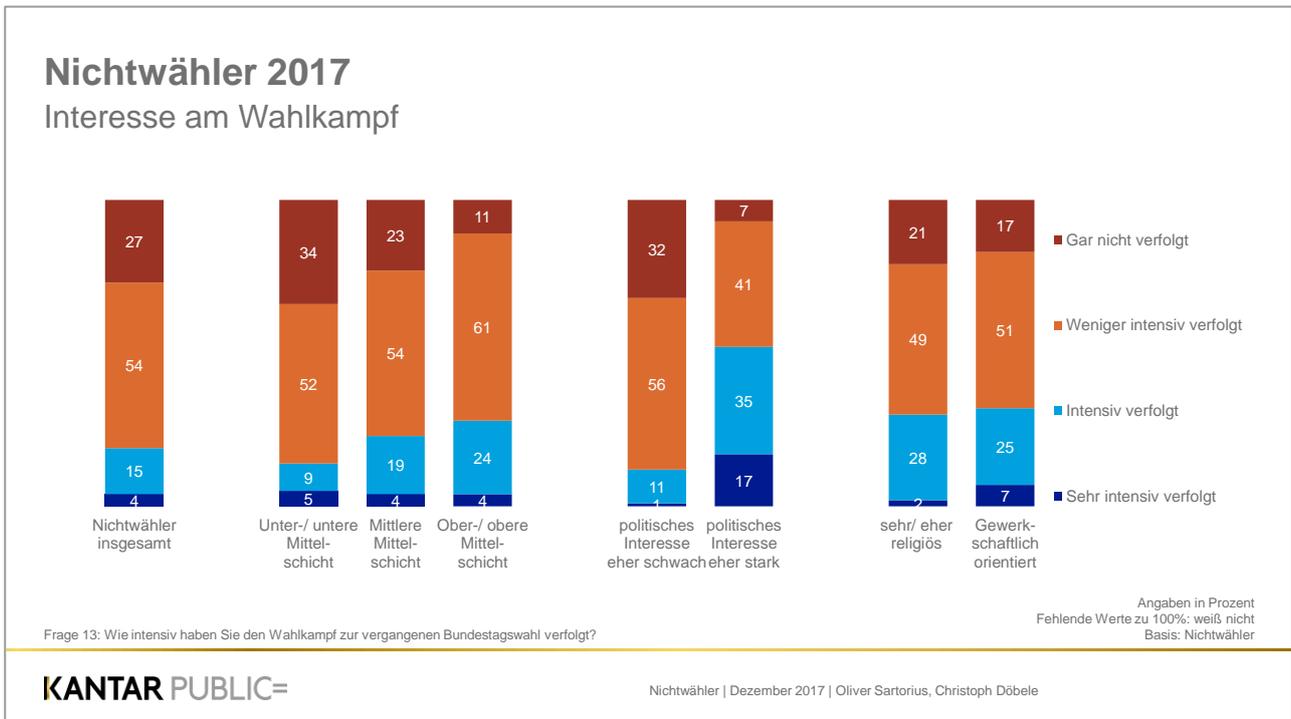
für eine Minderheit eine Rolle: Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine werden nach eigenen Angaben von einem Viertel der Befragten gelesen (25%), genau wie Boulevard-Zeitungen (23%). In überregional erscheinenden Tageszeitungen informiert sich nur gut jeder Zehnte (13%).



Die Detailbetrachtung zeigt einige Unterschiede zwischen den Altersgruppen. 71 Prozent der jüngeren Befragten (bis 34 Jahren) und damit deutlich mehr als in älteren Gruppen (55 und älter: 36%) informieren sich in sozialen Netzwerken über Politik. Genau anders herum verhält es sich mit regionalen Tageszeitungen, hier informieren sich zwei Drittel (66%) der älteren Befragten ab 55 Jahren im Vergleich zu einem Drittel (34%) der Jüngeren bis 34 Jahren. Bildungs- und Einkommensdifferenzen zeigen sich in Bezug auf Nachrichtenportale im Internet, Wochenzeitungen und überregionale Tageszeitungen: Mit zunehmender formaler Bildung sowie mit zunehmendem Einkommen steigt der Anteil der Befragten, die sich über diese Kanäle **gezielt** über Politik informieren.

Sporadische Nichtwähler nutzen bis auf soziale Netzwerke alle Medien in signifikant stärkerem Maße zur politischen Information als permanente Nichtwähler. Anders formuliert ist der Anteil der sporadischen Nichtwähler, die sich politisch informieren, medienübergreifend höher als der Anteil permanenter Nichtwähler. Ähnliches gilt für politisch interessierte Befragte. Es scheint zwar logisch, dass sich politisch Interessierte mehr über Politik informieren, es zeigt sich jedoch zum einen, dass die Unterschiede nicht für soziale Netzwerke gelten, zum anderen, dass die Unterschiede besonders groß bei anspruchsvolleren Print-Medien sind, deren Konsum mehr Eigenleistung erfordert als bspw. eine Nachrichtensendung im Fernsehen zu verfolgen oder eine Boulevardzeitung zu lesen. Die größten Unterschiede zeigen sich bei Nachrichtenportalen im Internet (+34 Prozentpunkte), bei Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazinen (+27 Prozentpunkte) und bei überregionalen Tageszeitungen (+23 Prozentpunkte). Darüber hinaus suchen Frauen (55%) häufiger Informationen in sozialen Medien als Männer (41%). Dies dürfte auf die höhere Nutzung dieses Mediums (nicht nur zum Zwecke politischer Information) durch Frauen einerseits und das geringere politische Interesse von Nichtwählerinnen andererseits zurückzuführen sein.

Vor dem Hintergrund des politischen Interesses und des politischen Informationsverhaltens erscheint es fast folgerichtig, dass nur jeder fünfte Befragte (19%) angibt, den **Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017** (sehr) intensiv verfolgt zu haben.



Dabei zeigt sich wenig überraschend ein leicht positiver Effekt von Bildung und Alter. So hat von den befragten Rentnern immerhin jeder Vierte (27%) den Wahlkampf intensiv verfolgt. Ein Zusammenhang zeigt sich auch mit der sozialen Selbstverortung: Je höher die Schicht, desto größeres Interesse hatten die Befragten am Bundestagswahlkampf.

Sporadische Nichtwähler (27%) zeigen erneut eine höhere politische Involvierung als permanente Nichtwähler (13%). Gleichzeitig stärken religiöse (30%) und gewerkschaftliche Bindungen (32%) offensichtlich immer noch die Beziehung zum politischen Geschehen. Wenig überraschend ist der positive Effekt von politischem Interesse (52% vs. 12%) sowie von einer vorhandenen Parteibindung (46% vs. 14%) auf die Verfolgung des Wahlkampfes.

Die befragten Nichtwähler zeichnen sich auch jenseits von Wahlen durch ein sehr **geringes politisches Beteiligungsniveau** aus. Politik spielt im Alltag der Mehrheit der Nichtwähler keine wesentliche Rolle. Weniger als die Hälfte (44%) spricht häufig oder zumindest gelegentlich mit Familie und Freunden über Politik. Lediglich ein Viertel der Zielgruppe gibt an, sich aktiv gezielt über Politik zu informieren (27%). Nur etwa jeder Zehnte ist in den letzten zwölf Monaten aktiv politisch tätig geworden, in dem er oder sie eine Petition unterstützt (11%) oder Produkte aus politischen Gründen boykottiert hat (10%). Politische Bildungsveranstaltungen verlaufen fast gänzlich unter dem Radar der befragten Nichtwähler (3%), noch weniger haben im letzten Jahr ab und zu an einer Demonstration teilgenommen (1%) oder sich in einer Bürgerinitiative engagiert (1%). Hieran wird deutlich, dass alternative Formen politischer Beteiligung im Vergleich zu Wahlen nicht minder hohe Hürden für eine überwiegend politikferne Zielgruppe darstellen. Die verschwindend geringe Akzeptanz von Partizipationsmöglichkeiten unter den Nichtwählern überrascht allerdings nicht wirklich, da ja nicht einmal das vergleichsweise niedrigschwellige Angebot „Wahlen“ genutzt wird.

Nichtwähler 2017

Politische Aktivitäten



Frage 14: Es gibt ja viele Möglichkeiten, sich mit Politik zu beschäftigen. Haben Sie eine oder mehrere der folgenden Aktivitäten in den letzten zwölf Monaten aus **politischen Gründen** gemacht?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%; weiß nicht
Basis: Nichtwähler

KANTAR PUBLIC=

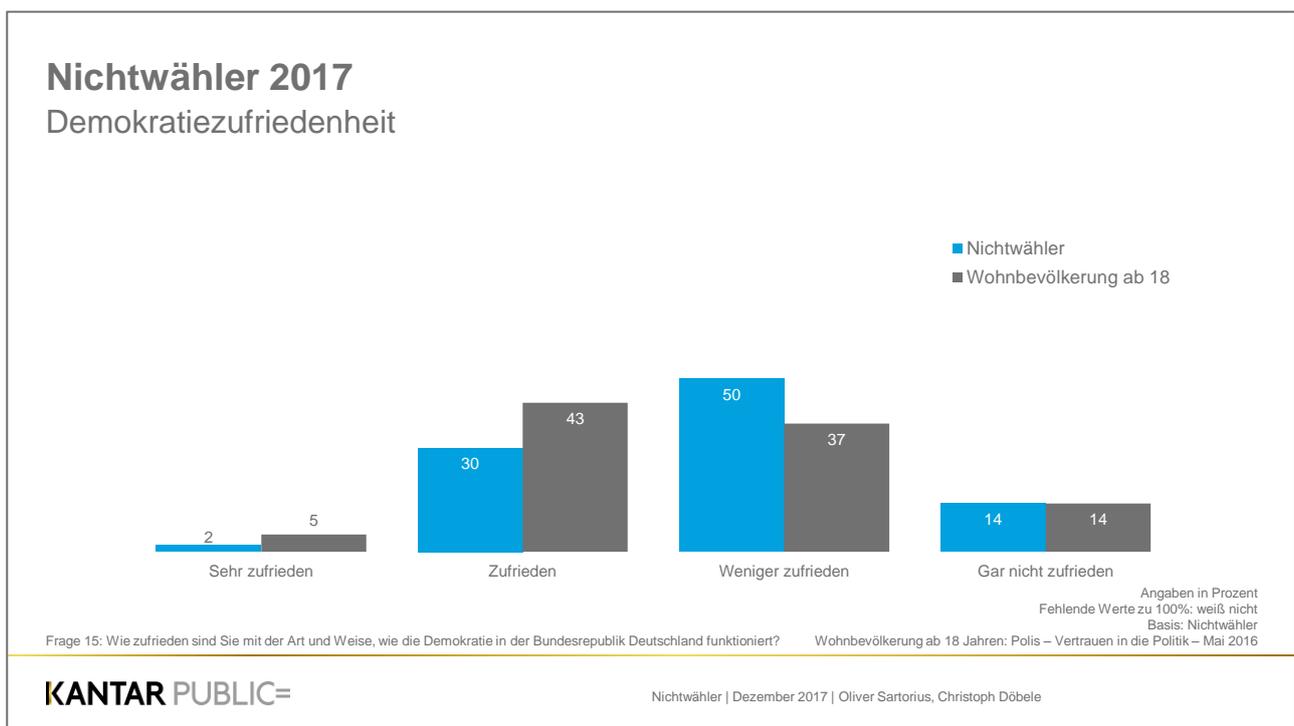
Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Die Teilgruppenanalyse zeigt für die niedrighschwelligen Beteiligungsformen eine leicht höhere Ausprägung in den neuen Bundesländern (Diskussionen über Politik: Ost: 52% vs. West: 42%; gezielt über Politik informieren: Ost: 35% vs. West 24%). Dies könnte auf den höheren Anteil formal mittel Gebildeter in den neuen Bundesländern im Vergleich zu mehr formal niedrig Gebildeter in den alten Bundesländern zurückzuführen sein. Denn grundsätzlich gilt: Sämtliche Formen politischer Aktivität nehmen mit höherer formaler Bildung zu. Sporadische Nichtwähler sind wiederum näher am politischen Geschehen als permanente Nichtwähler: Während nur rund ein Drittel der permanenten Nichtwähler mit Familie und Freunden über Politik diskutiert (35%), tut dies mehr als die Hälfte der sporadischen Nichtwähler (57%). Ähnlich verhält es sich mit der gezielten Information über politische Themen (Sporadische NW: 41% vs. permanente NW: 17%). Gewerkschaftsnähe, politisches Interesse und Parteibindung wirken sich konsequent positiv auf die politische Beteiligung jenseits von Wahlen aus.

Interessanter Befund: Je zufriedener die befragten Nichtwähler mit ihrem Leben sind, desto **weniger** diskutieren sie über Politik (sehr zufrieden: 35%, zufrieden: 42%, unzufrieden 51%). Es sind also insbesondere (politisch) unzufriedene Nichtwähler, die sich vergleichsweise häufig mit anderen über Politik austauschen.

7. Politische Einstellungen und Demokratie

Ein Drittel der befragten Nichtwähler ist mit der Art und Weise, **wie die Demokratie in Deutschland funktioniert**, zufrieden (33%), zwei Drittel sind damit weniger (50%) oder gar nicht zufrieden (14%). Die Nichtwähler sehen damit deutlich häufiger Demokratiedefizite als die Gesamtbevölkerung, bei der sich fast die Hälfte zufrieden äußert (48%).¹⁹



Höhere Bildung und höheres Einkommen wirken sich positiv auf die Demokratiezufriedenheit aus. Es scheint, als würde die eigene sozioökonomische Situation den Blick auf das politische System als Ganzes prägen und nicht (nur) der aktuellen Regierung angelastet (vgl. Kapitel 5). Anders als in vielen Studien zur politischen Kultur zwischen Ost und West sind unter den Nichtwählern keine relevanten Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zu erkennen. Dagegen unterscheiden sich sporadische und permanente Nichtwähler auch in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit: Zwar ist auch bei sporadischen Nichtwählern nur eine Minderheit (38%) mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, dennoch sind es bei den permanenten Nichtwählern noch einmal spürbar weniger (29%). Dabei spielt wiederum die politische Involvierung in Form von politischem Interesse und Parteibindung eine zentrale Rolle.

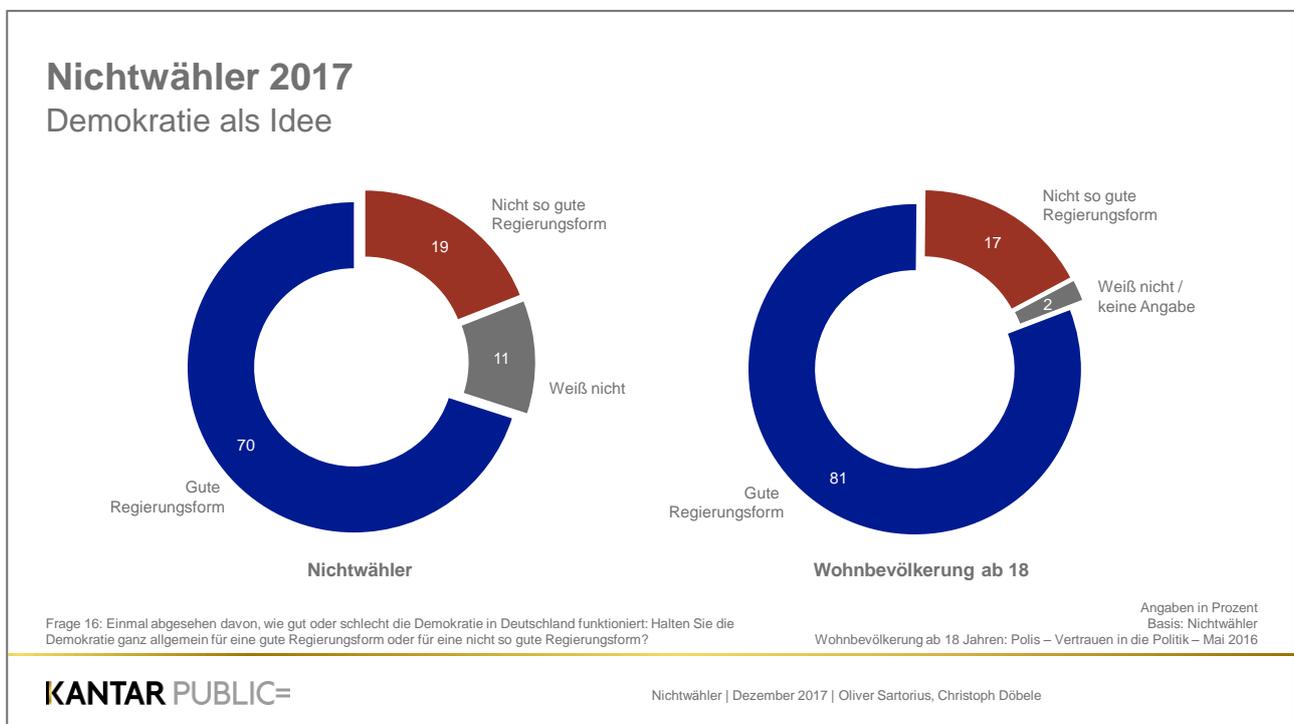
Angesichts der bisherigen Analyse ist es wenig überraschend, dass auch die eigene Lebenszufriedenheit einen spürbaren Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat (sehr zufrieden

¹⁹ Vgl. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

mit dem eigenen Leben: 57% Demokratiezufriedenheit, zufrieden mit dem eigenen Leben: 38% Demokratiezufriedenheit, unzufrieden mit dem eigenen Leben: 16% Demokratiezufriedenheit).

Die **allgemeine Bindung an demokratische Werte** kann als Überbau der konkreten institutionellen Ausgestaltung des demokratischen Regimes betrachtet werden. Sieben von zehn Interviewten bewerten die Demokratie grundsätzlich als gute Regierungsform (70%), ein Fünftel steht ihr skeptisch entgegen (19%) – jeder Neunte zeigt sich unentschieden (11%). Verglichen mit der Wohnbevölkerung ab 18 Jahren (81%) haben etwas weniger Nichtwähler Demokratie als Wert an sich internalisiert – was vor allem auf den höheren Anteil an Unentschiedenen bei den Nichtwählern zurückzuführen ist.^{20 21}

Zwischen Ost und West gibt es diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede. Männer (75%) identifizieren sich etwas häufiger mit der demokratischen Idee als Frauen (66%). Rentner haben eine vergleichsweise positive Sicht auf das Prinzip Demokratie (78%), was aber eher durch Altersunterschiede als durch andere Lebensumstände erklärt werden kann. Unklar ist an dieser Stelle, ob es sich um einen Kohorten- oder einen Entwicklungseffekt handelt. Des Weiteren determinieren Bildung und Einkommen die Sicht der Befragten in starkem Ausmaß.



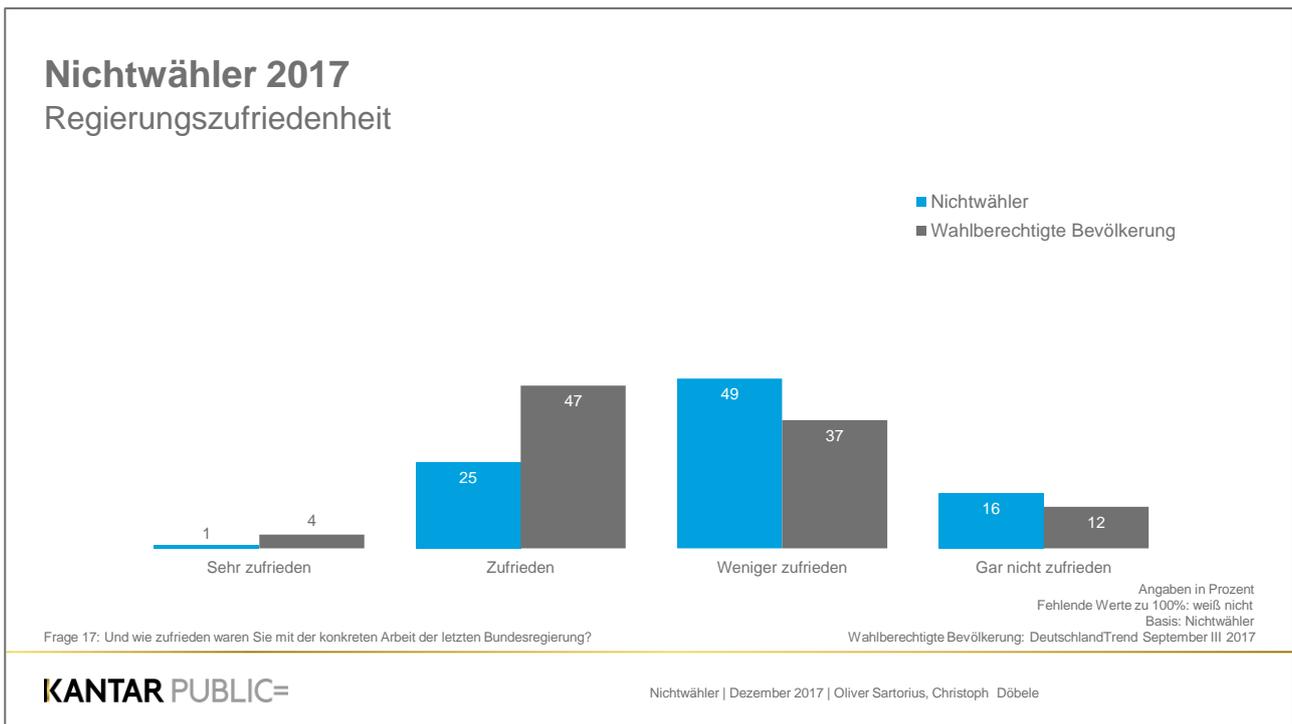
Vier von fünf sporadischen Nichtwählern (80%) finden, Demokratie sei eine gute Regierungsform, während bei den permanenten Nichtwählern nur sechs von Zehn (62%) diese Meinung teilen. Die dahinterstehenden Treiber sind – wie bereits mehrfach gezeigt – Bildung, politisches Interesse und eine höhere System- sowie Output-Zufriedenheit. Auch eine hohe Parteiidentifikation wirkt sich positiv auf die Einschätzung der Demokratie als Regierungsform aus (87% vs. 68% ohne Parteineigung). Selbst wenn über alle Teilgruppen hinweg eine Mehrheit die Demokratie grundsätzlich als gute Regierungsform bewertet, so sind die Unterschiede im Zustimmungsniveau

²⁰ Vgl. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

²¹ Da die Unterschiede primär durch den höheren Anteil an „weiß nicht“ bei den Nichtwählern bedingt sind, kann an dieser Stelle ein methodischer Effekt aufgrund unterschiedlicher Erhebungsdesigns nicht ausgeschlossen werden (Online-Panel vs. CATI).

doch deutlich und gehen wie andere politische Einstellungen eng mit einer grundsätzlichen politischen Involvierung oder dem Fehlen dieser einher.

Nach der Betrachtung der kulturellen und der systemischen Ebene wird im Folgenden die prozessuale Ebene beleuchtet, also die Bewertungen der konkreten politischen Arbeit. Zunächst ist die **Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der letzten Bundesregierung** vergleichsweise gering ausgeprägt: Gerade einmal ein Viertel der befragten Nichtwähler ist mit der Arbeit der Großen Koalition zufrieden (26%), zwei Drittel sind es nicht (65%), immerhin jeder Elfte will oder kann hier keine Antwort geben (9%). Von der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt ist dagegen etwa die Hälfte (51%) mit der letzten Bundesregierung zufrieden.²² Die Nichtwähler sind also wiederum deutlich unzufriedener als die Gesamtbevölkerung.



Interessanterweise ist politische Involvierung hier nicht als besonders einflussreiche Variable zu identifizieren. Zwar hat Bildung einen positiven Einfluss auf die Regierungszufriedenheit, mit politischem Interesse lässt sich jedoch keine Korrelation feststellen. Der Unterschied zwischen sporadischen (31%) und permanenten (23%) Nichtwählern in der Regierungszufriedenheit ist somit primär auf Bildung und Einkommenseffekte zurückzuführen. Letzteres wird anhand verschiedener Tätigkeiten deutlich, die in der Regel mit Einkommensunterschieden einhergehen: So sind Erwerbstätige (28%) zufriedener als nicht Erwerbstätige (19%) und Angestellte (33%) zufriedener als Arbeiter (16%). In den zufriedeneren Teilgruppen ist das Einkommen jeweils höher.

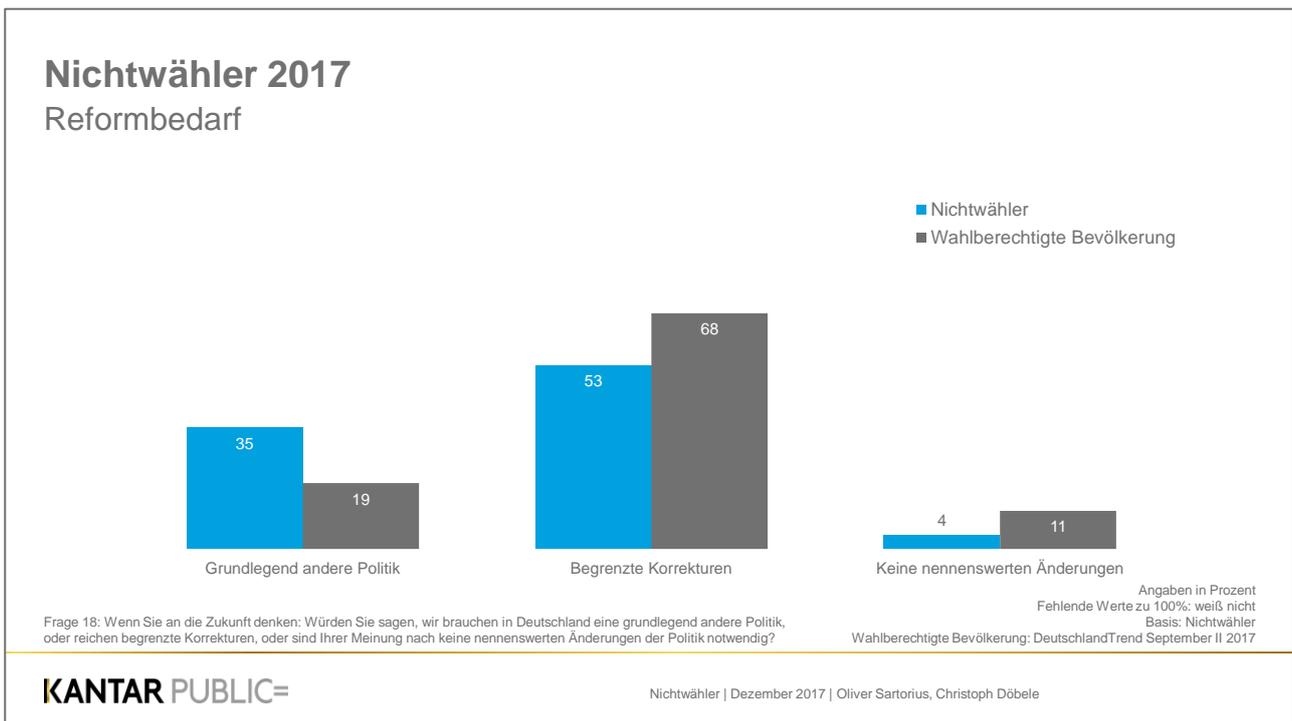
Erwartungsgemäß korreliert die Bewertung der Arbeit der Bundesregierung auch eng mit der Systemzufriedenheit: Nichtwähler, die mit dem Funktionieren der Demokratie alles in allem zufrieden sind, bewerten die Regierungsarbeit mehrheitlich eher positiv (60%). Bei Nichtwählern, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, ist dies so gut wie nicht der Fall (9%). Dieser Zusammenhang ist aus der politischen Kulturforschung bekannt.²³

²² Vgl. Infratest dimap 2017: ARD-DeutschlandTrend September III.

²³ Eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem demokratischen System wirkt sich danach negativ die Regierungsbewertung aus. Eine dauerhafte Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit hat wiederum negative Konsequenzen für die Gesamtbeurteilung des

Befragte mit einer stärkeren Parteibindung bewerten die Regierungsarbeit deutlich positiver als Befragte ohne entsprechende Identifikation (46% vs. 24%). Dies lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass die meisten Bindungen nach wie vor zu den Unionsparteien und der SPD existieren, die ja auch das letzte Regierungsbündnis bildeten: Da eine Parteidentifikation nicht nur die Stimmabgabe und die Wahlentscheidung beeinflusst, sondern auch als WahrnehmungsfILTER fungiert, ist es wenig überraschend, dass die Regierung bei diesen Befragten mehr Zustimmung erfährt.

Mehr als die Hälfte der befragten Nichtwähler sieht keinen oder nur geringen **politischen Reformbedarf** (57%), ein Drittel der Nichtwähler wünscht sich allerdings eine grundlegend andere Politik (35%). Im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung (19%)²⁴ sehen die Nichtwähler deutlich häufiger erheblichen Änderungsbedarf in der Politik.



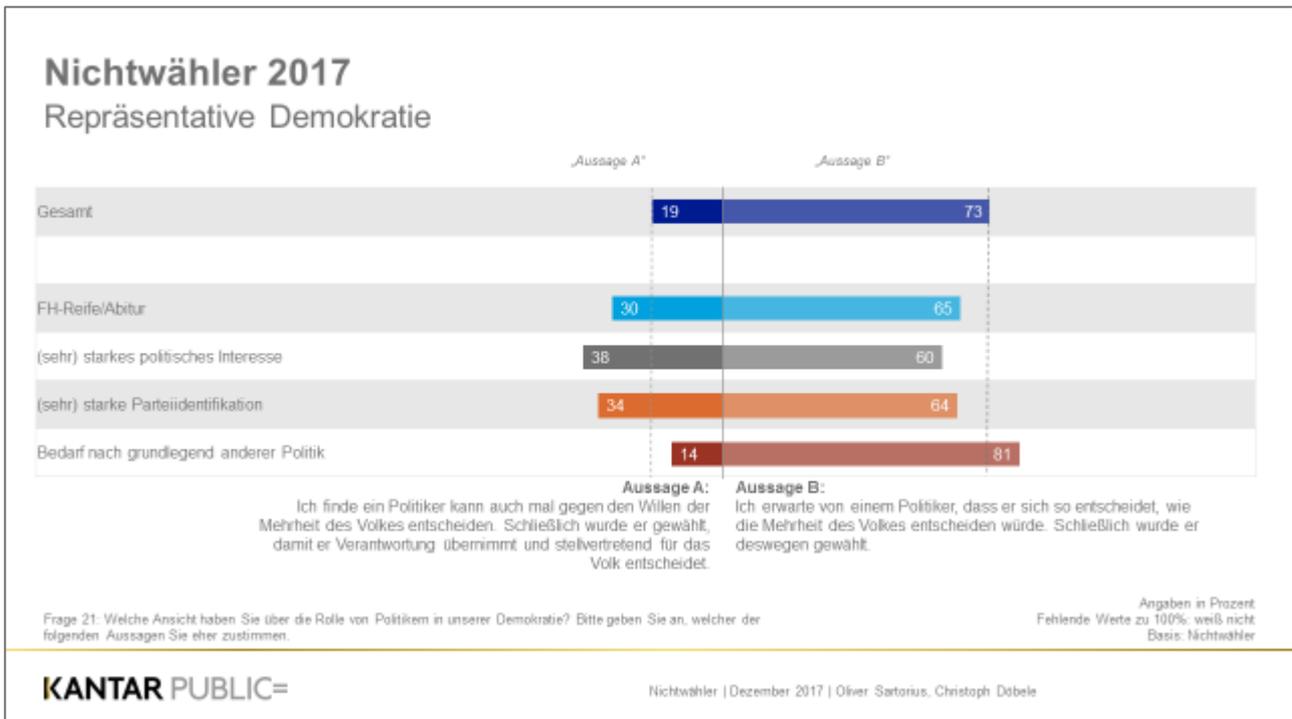
Mit zunehmender Bildung steigt vor allem der Anteil derer, die sich begrenzte Korrekturen innerhalb des bestehenden Politikgefüges wünschen (+16 Prozentpunkte), aber keine fundamentalen Änderungen wollen. Männer fordern häufiger einen grundlegenden Richtungswechsel (43%), wohingegen nur drei von zehn Frauen dies befürworten (29%). Dafür ist der unentschlossene Anteil der weiblichen Befragten um 10 Prozentpunkte höher als bei Männern. Auch gewerkschaftsnahe Nichtwähler (49%) und Befragte mit großem politischem Interesse (45%) sprechen sich überdurchschnittlich häufig für grundsätzliche politische Reformen aus. Die Beweggründe dürften bei diesen Gruppen allerdings andere sein als bei generell Unzufriedenen mit schwachem Einkommen, die sich ebenfalls in stärkerem Maße eine grundlegend andere Politik wünschen. Beide Gruppen verbindet als Nichtwähler also eine Art Protesthaltung, sie unterscheiden sich aber deutlich im Grad der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik. Die Gruppe der Befragten, die sich eine

demokratischen Systems. Quelle: Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weißels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden, S. 27-49.

²⁴ Vgl. Infratest dimap 2017: ARD-DeutschlandTrend September III.

andere Politik wünscht, ist damit äußerst heterogen und entspricht nicht (ausschließlich) dem Klischee von politikfernen Nichtwählern.

Laut Grundgesetz sind Abgeordnete des Bundestags nur ihrem Gewissen verpflichtet²⁵ und besitzen somit ein sogenanntes freies Mandat. Nur jeder fünfte befragte Nichtwähler (19%) unterstützt diese **Form der politischen Delegation**. Drei Viertel präferieren hingegen ein imperatives Mandat (73%) in der Form, dass Abgeordnete an einen erkennbaren „Wählerwillen“ gebunden sind.



Die Detailanalyse zeigt wiederum spürbare Differenzen nach dem Grad der politischen Involvierung: Wer Abitur besitzt, ein starkes politisches Interesse hat und/oder über eine Parteibindung verfügt, spricht sich für das freie Mandat jeweils spürbar häufiger aus als die jeweilige Referenzgruppe. Nichtsdestotrotz ist auch die Zustimmung bei Nichtwählern mit Abitur (30%) oder starkem Interesse an Politik (38%) weit entfernt von einer Mehrheitsmeinung. Mit anderen Worten: Selbst die politisch Involvierten unter den Nichtwählern präferieren insgesamt ein imperatives Mandat, wonach Politiker nach dem Willen der Mehrheit des Volkes entscheiden. Dies drückt sicherlich eine gewisse Grundskepsis gegenüber dem politischen System und seinen Protagonisten aus. Möglich ist auch, dass hier Forderungen nach direktdemokratischen Elementen eine Rolle spielen (siehe hierzu Kapitel 9).

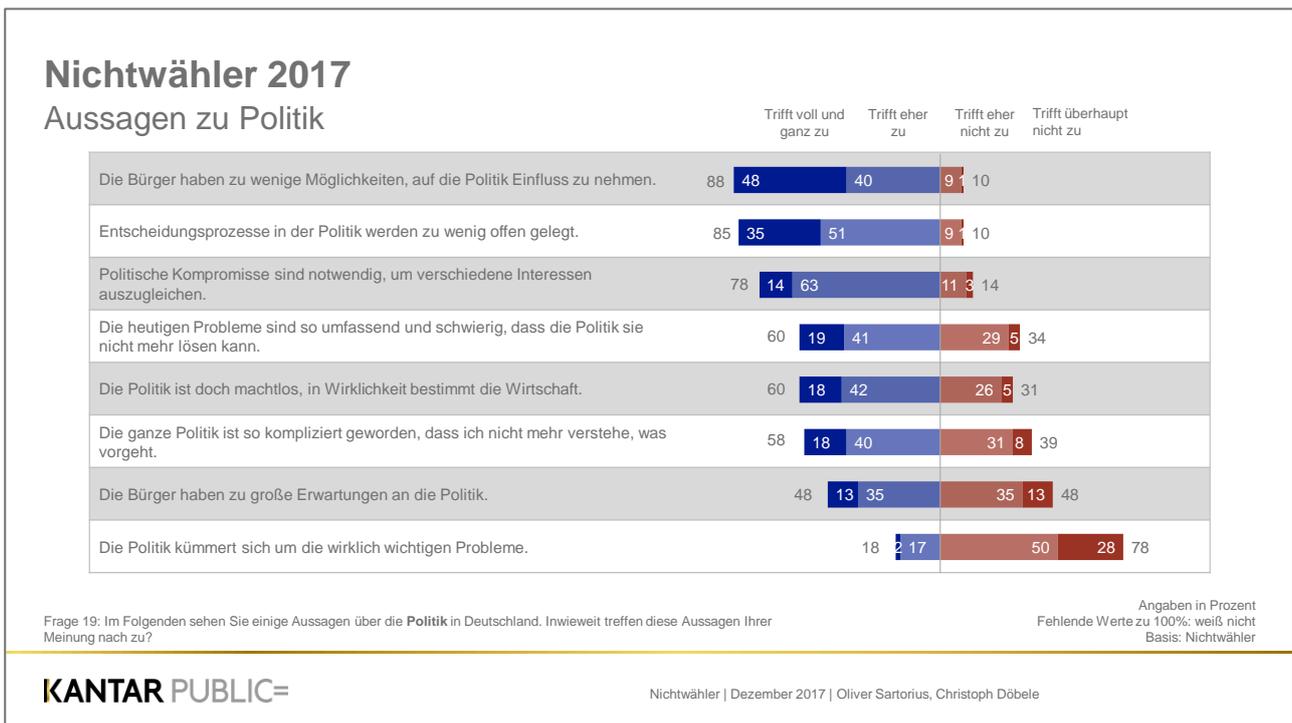
Auffällig ist zudem, dass das freie Mandat unter Männern (24%) mehr Unterstützung findet als unter Frauen (15%). Dies könnte zum einen am höheren politischen Interesse der Männer, zum anderen am höheren Einkommen liegen, welches ebenfalls einen leichten Effekt auf die Delegationspräferenz hat. Frauen befürworteten jedoch nicht öfter das imperative Mandat als Männer, die Unterschiede lassen sich im Wesentlichen dadurch erklären, dass sich Frauen häufiger unentschieden zeigen (Männer: 4% vs. Frauen: 12%).

²⁵ Art. 38(1) GG

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Einstellungen gegenüber dem Funktionieren der Demokratie, Demokratie als Regierungsform, der Regierungszufriedenheit, dem Reformbedarf und der Delegation von Macht eng miteinander verbunden sind. Wer der Politik in Deutschland kritisch gegenüber steht, äußert bezüglich allen genannten Punkten wenig Zustimmung. Wer sich insgesamt intensiver mit politischen Themen und Aspekten auseinandersetzt und dadurch vermutlich auch über mehr Wissen verfügt, ist grundsätzlich weniger unzufrieden mit den bestehenden politischen Strukturen in Deutschland.

8. Politik und Parteien

Auch bei den **politischen Einstellungen** der Nichtwähler bestätigt sich das kritische Bild gegenüber der Politik in Deutschland. Es sind primär mangelnde Einflussmöglichkeiten (88%) und Intransparenz der politischen Entscheidungsprozesse (85%), die kritisiert werden. Beklagt wird zudem eine (zu) hohe Komplexität der Politik bzw. der politischen Probleme: Sechs von zehn Befragten verstehen nicht mehr, was in der Politik vor sich geht (58%). Ebenfalls sechs von Zehn bezweifeln, dass die Politik die Probleme aufgrund ihrer Komplexität überhaupt lösen kann (60%). Zwar räumen mehr als drei Viertel die Notwendigkeit von Kompromissen im politischen Geschäft ein (78%). Gleichzeitig ist aber ein gewisser Defätismus weit verbreitet: Sechs von Zehn unterstellen den Primat der Wirtschaft über die Politik (60%) und knapp die Hälfte sieht eine überhöhte Erwartungshaltung der Bürger gegenüber der Politik (48%). Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass nur rund jeder Fünfte der Politik attestiert, sie würde sich um die wirklich wichtigen Probleme kümmern (18%).



Im Vergleich zur Bevölkerung ab 18 Jahren unterscheiden sich die Einstellungen der Nichtwähler nur geringfügig.²⁶ Die größte Differenz gibt es bezüglich der Einschätzung, ob sich die Politik um die wirklich wichtigen Dinge kümmert. Hier stimmen 32 Prozent der Gesamtbevölkerung – und damit wesentlich mehr als unter den Nichtwählern – zu. Die weiteren Unterschiede sind eher gering: Beide Gruppen wollen die Entscheidungsprozesse gleichermaßen offenlegen und glauben in ähnlichem Maße, dass an die Politik zu hohe Erwartungen seitens der Bürger gestellt werden. Die Hälfte der Bevölkerung findet Politik darüber hinaus insgesamt zu kompliziert (47%), also etwas weniger als

²⁶ Vgl. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

bei den befragten Nichtwählern (58%). Probleme, politische Prozesse und Entscheidungen zu verstehen und nachvollziehen zu können, sind also kein genuines Nichtwähler-Problem, sondern gesamtgesellschaftlich weit verbreitet.

Die Teilgruppenanalyse zeigt insbesondere Meinungsunterschiede bezüglich des Primats der Wirtschaft über die Politik: Ostdeutsche stimmen hier spürbar häufiger zu (69%) als Westdeutsche (58%). Dabei mag die Erfahrung nach der Wiedervereinigung, mit Stilllegung oder Aufkauf der früheren DDR-Industrie eine Erklärung für das Gefühl liefern, die Politik hätte das Nachsehen gegenüber der Wirtschaft. Außerdem zeigt sich zwischen der jüngsten (47%) und der ältesten Altersgruppe (71%) eine Differenz von +24 Prozentpunkten. Auch zwischen Männern (71%) und Frauen (53%) gibt es diesbezüglich deutliche Wahrnehmungsunterschiede. Je politisch involvierter Befragte sind, desto mehr Verständnis zeigen sie gegenüber der Politik und desto eher durchdringen sie die Komplexität des politischen Prozesses.

In der **Bewertung von Parteien und Politikern** schneiden beide gleichermaßen **schlecht** ab. Den Parteien wird in erster Linie Verlogenheit und Machiavellismus unterstellt: Rund neun von zehn befragten Nichtwählern glauben, Parteien halten ihre Wahlversprechen nicht (93%)²⁷ und es gehe ihnen nur um die Macht (87%). Zwischen den Befragten und den politischen Parteien lässt sich darüber hinaus eine tiefgehende Entfremdung diagnostizieren: Vier von fünf Nichtwählern geben an, kein für sie passendes Angebot zu finden (80%). Dies liegt laut Befragten teilweise an der mangelnden inhaltlichen Abgrenzung, für die beiden Volksparteien CDU und SPD bejaht dies jeder Sechste (60%). Aufgrund fehlender Problemlösungskompetenz der bestehenden Parteien denkt jeder Zweite, es brauche neue Parteien (53%).²⁸ Aber auch die Sprache von Politikern und Parteien ist für eine Mehrheit der Befragten fremd und unverständlich (60%). Im Vergleich zu den Parteien ist die Bewertung der **Personen** nur unwesentlich besser. Neun von Zehn bestreiten, dass sich Politiker um die Sorgen der einfachen Leute kümmern (88%), und zwei Drittel glauben nicht, dass Politiker in den Medien zu schlecht dargestellt werden (67%).

Für Aussagen, zu denen Vergleichswerte vorliegen, zeigen sich ähnliche Einstellungsmuster in der Bevölkerung ab 18 Jahren. Einzig das Angebot der Parteien findet dort größeren Anklang: Der Anteil derer, die mit den Inhalten einer Partei übereinstimmen, ist hier um 31 Prozentpunkte höher als bei den Nichtwählern. Allerdings muss konstatiert werden, dass Nichtwähler im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch weniger politisches Wissen und Interesse mitbringen und sich dadurch möglicherweise schwerer mit der Einschätzung tun, welche Partei in welchem Maße ihre Interessen vertritt.

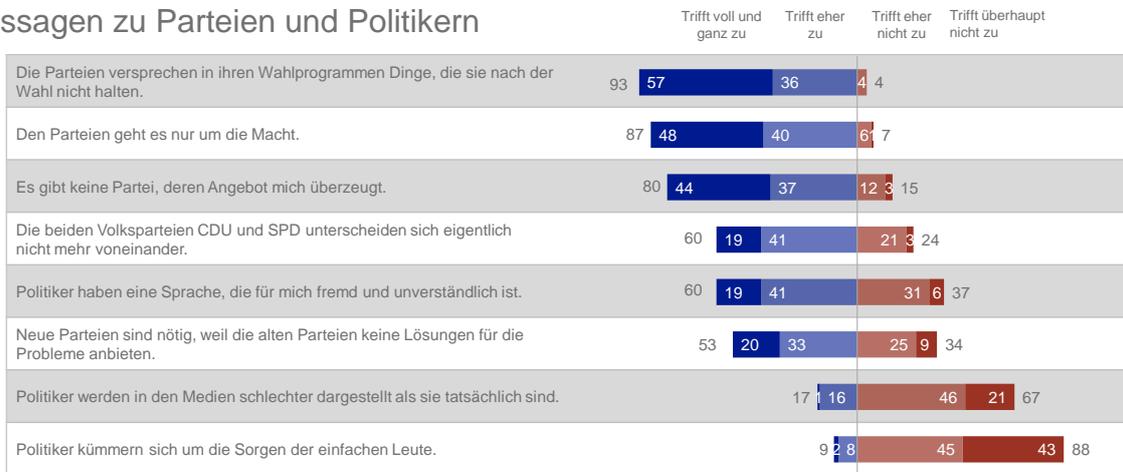
Für Frauen (64%) ist die Sprache der Politiker nach eigener Aussage öfter fremd und unverständlich als für Männer (55%). Je niedriger der formale Bildungsgrad, desto schlechter verstehen die Nichtwähler die Politiker – so lassen sich auch Unterschiede zwischen Arbeitern (74%) und Angestellten/Beamten (54%) erklären. Eine Zunahme von politischem Interesse beeinflusst die Verständlichkeit von Politikern in positivem Maße.

²⁷ Vgl. Wohnbevölkerung ab 18: 90%. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

²⁸ Vgl. Wohnbevölkerung ab 18: 55%. Polis im Auftrag des BPA 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

Nichtwähler 2017

Aussagen zu Parteien und Politikern



Frage 20: Nun folgen einige Aussagen über **Parteien und Politiker** in Deutschland. Inwieweit treffen diese Aussagen Ihrer Meinung nach zu?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
Basis: Nichtwähler

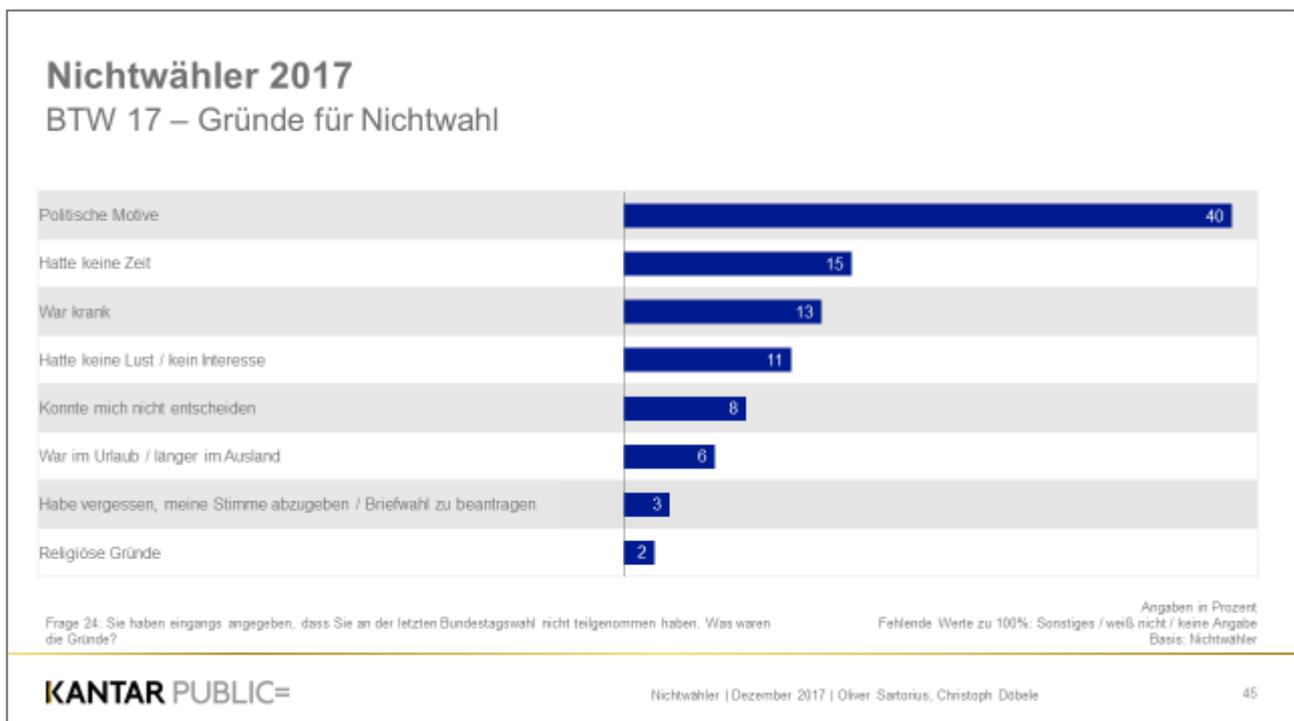
KANTAR PUBLIC=

Nichtwähler | Dezember 2017 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Darüber hinaus sind es vor allem unzufriedene Befragte, die der Ansicht sind, es bedarf neuer Parteien in Deutschland (Unzufrieden mit Regierung: 66% Zustimmung; Forderung nach anderer Politik: 71% Zustimmung).

9. Nichtwahlmotive

Auch wenn politische Motive überwiegen, liefert nicht einmal jeder zweite Nichtwähler der Bundestagswahl 2017 spontan eine explizit **politische Begründung** für die eigene Wahlabstinenz (40%): Es wird vor allem darauf verwiesen, dass keine Partei überzeugen konnte beziehungsweise die eigenen Interessen vertritt, dass sich durch Wahlen sowieso nichts ändert oder, dass die Politiker nur an den Diäten interessiert sind und ihre Versprechen nicht einhalten. Zählt man die 8 Prozent der Befragten hinzu, die sich nicht für eine Partei entscheiden konnten, dann nennt etwa jeder zweite Nichtwähler inhaltliche Motive.²⁹



Etwa jeder vierte Befragte gibt **Desinteresse** als Hauptmotiv für den Verzicht auf die Wahlteilnahme an: Sei es, weil er keine Lust hatte (11%) oder sei es, weil die Zeit fehlte (15%). „Keine Zeit“ dürfte sich angesichts einer spürbaren sozialen Erwünschtheit der Beteiligung an Wahlen („Wählen als Bürgerpflicht“) tatsächlich in vielen Fällen als Chiffre für Desinteresse interpretieren lassen: Andere Tätigkeiten oder Verpflichtungen sind subjektiv eben wichtiger und/oder dringlicher.

Auch eher **technische Gründe** für die Nichtwahl werden immerhin von etwa jedem vierten Nichtwähler angeführt: Dies umfasst vor allem Krankheit (13%), aber auch Auslandsaufenthalte beziehungsweise Urlaub am Tag der Wahl (6%). Etwa 3 Prozent der Befragten geben an, die

²⁹ Eine differenzierte Betrachtung verschiedener politischer Nichtwahl-Motive folgt im Anschluss an die Analyse der offenen Frage. Dazu wurden diverse Motivationen gestützt als Statements abgefragt und die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung erhoben.

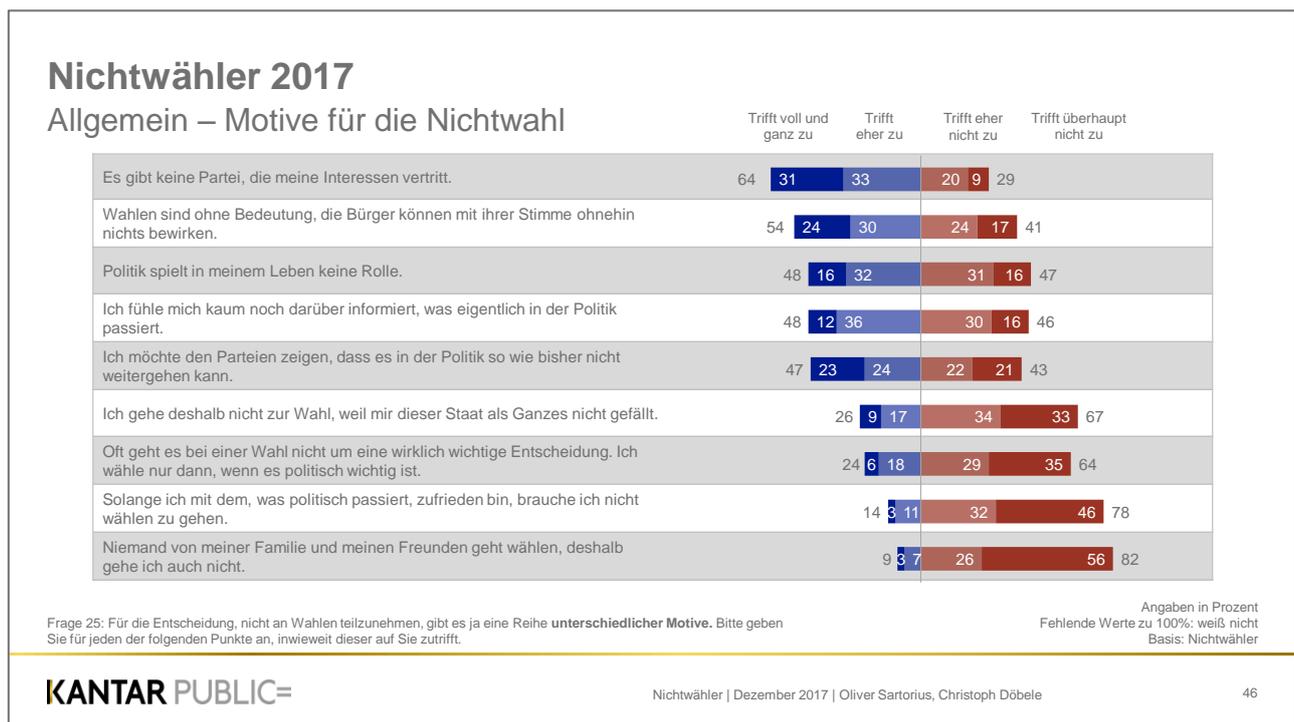
Wahlteilnahme schlicht vergessen zu haben, weitere 2 Prozent nennen religiöse Gründe, die einer Stimmabgabe entgegenstehen.³⁰

Die Detailanalyse zeigt, dass politische Unzufriedenheit als Nichtwahlmotiv überdurchschnittlich häufig von Männern (47%), permanenten Nichtwählern (48%) und Unzufriedenen (mit dem eigenen Leben: 49%, mit dem Funktionieren der Demokratie: 48%, mit der Regierung: 49%) geäußert wird. Vor allem Befragte, die eine grundlegend andere Politik fordern, begründen ihre Verweigerungshaltung stärker als alle anderen Teilgruppen politisch (55%).

Unter den sporadischen Nichtwählern sind dagegen nicht-politische Motive spürbar stärker ausgeprägt: Sporadische verweisen deutlich häufiger als permanente Nichtwähler zur Begründung des eigenen Verhaltens darauf, dass sie krank waren (22% vs. 6%), dass sie keine Zeit zum Wählen hatten (21% vs. 11%), dass sie im Ausland bzw. im Urlaub waren (10% vs. 3%) oder dass sie die Teilnahme an der Wahl schlicht vergessen haben (6% vs. 1%).

Das Argument, keine Zeit gehabt zu haben, wird umso häufiger angeführt, desto jünger die Nichtwähler sind. Das scheint die Annahme zu bestätigen, dass es sich bei dieser Antwort teilweise um eine Chiffre für Desinteresse handelt. Dagegen erscheint plausibel, dass die älteste Teilgruppe überdurchschnittlich häufig angibt, dass sie krankheitsbedingt der Wahl fern geblieben ist.

Bei der **gestützten Abfrage von Nichtwahl-Motiven** lassen sich im Wesentlichen drei Motiv-Bündel identifizieren: Politische Distanz, Defätismus sowie eine relativ weit verbreitete indifferente Haltung gegenüber Wahlen.



Die **politische Distanz** vieler Nichtwähler gegenüber der Politik und den Parteien kommt vor allem in dem Gefühl zum Ausdruck, dass keine Partei die eigenen Interessen vertritt (64%). Jeder zweite Nichtwähler möchte den Parteien durch seine Wahlverweigerung zudem zeigen, dass es so wie

³⁰ Die „Zeugen Jehovas“ beispielsweise lehnen eine Beteiligung an Wahlen aus religiösen Motiven grundsätzlich ab.

bisher in der Politik nicht weitergehen kann (47%). Und immerhin jeder vierte Nichtwähler gibt an, nicht zur Wahl zu gehen, weil ihm oder ihr der Staat als Ganzes nicht gefällt (26%).

Mehr als jeder zweite Nichtwähler offenbart eine **defätistische Einstellung**, wonach Wahlen bedeutungslos sind und der Wähler mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann (54%). Eine häufige Variation dieses Motivs, die auch bei der ungestützten Abfrage zum Ausdruck kam, ist der Vorwurf, dass sich durch Wahlen sowieso nichts ändert, unabhängig davon, wer regiert.

Bei vielen Nichtwählern zeigt sich zudem mangelndes Involvement beziehungsweise eine mehr oder weniger **gleichgültige Haltung** in Bezug auf Politik und Wahlen: So ist nur knapp jeder zweite Nichtwähler der Auffassung, dass Politik in seinem Leben eine Rolle spielt (48%) und in etwa genauso viele fühlen sich kaum noch darüber informiert, was eigentlich in der Politik passiert (48%). Etwa jeder Elfte verweist in diesem Zusammenhang auch auf das eigene soziale Umfeld: Da niemand in der Familie oder im Freundeskreis zur Wahl gehe, beteilige man sich selbst auch nicht (9%).³¹

Die „Normalisierungs-These“³², wonach Nichtwahl (auch) ein Ausdruck politischer Zufriedenheit sein kann, erklärt die vorliegenden Befunde nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil: Lediglich jeder siebte Nichtwähler teilt die Auffassung, dass man nicht wählen zu gehen braucht, solange man politisch zufrieden ist (14%). Immerhin jeder vierte Befragte nimmt für sich in Anspruch, nur dann zur Wahl zu gehen, wenn es um eine politisch wichtige (Richtungs-)Entscheidung geht (24%). Möglicherweise soll diese Zustimmung aber auch nur die eigene politische Indifferenz kaschieren.

Die Analyse der Teilgruppen-Ergebnisse offenbart, dass vor allem „**Unzufriedene**“ eine ausgeprägte politische Distanz aufweisen. Sowohl Unzufriedene in Bezug auf das eigene Leben, in Bezug auf das Funktionieren der Demokratie, als auch in Bezug auf die Arbeit der Bundesregierung weisen bei den drei Indikatoren für politische Distanz (mangelnde Interessenvertretung, kein „Weiter so“ in der Politik, Ablehnung des Staates als Ganzes) durchweg überdurchschnittliche Werte auf. Gleiches gilt für diejenigen Nichtwähler, die grundlegende politische Reformen in unserem Gemeinwesen einfordern.

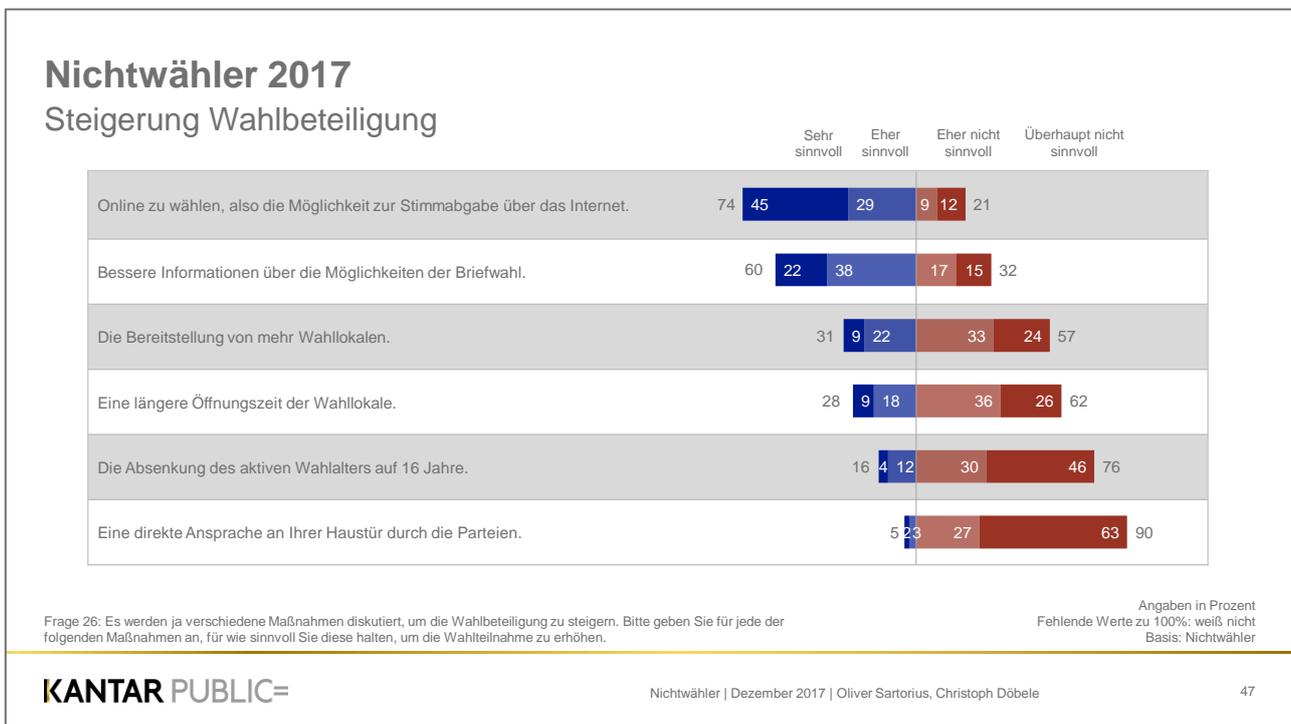
Eine defätistische Grundhaltung – also der Glaube an die Bedeutungslosigkeit von Wahlen – scheint primär mit **sozio-ökonomischen Faktoren** zusammenzuhängen: Je niedriger Bildung, soziale Schicht und Haushalts-Netto-Einkommen, desto ausgeprägter ist ein Gefühl der Ohnmacht und die Überzeugung, dass die eigene Wahlteilnahme nichts bewirkt.

Bei **permanenten Nichtwählern** sind fast alle Nichtwahl-Motive (zumeist deutlich) stärker ausgeprägt als bei sporadischen. Das gilt jedoch nicht für zwei Ausnahmen: Permanente Nichtwähler möchten die Politik etwas seltener durch Ihre Wahlabstinenz aufrütteln als sporadische Nichtwähler (45% vs. 50%) und sie geben auch seltener an, selbst bei wichtigen politischen Entscheidungen zur Wahl zu gehen (22% vs. 27%). Permanente Nichtwähler dürften aufgrund ihrer stark ablehnenden Haltung gegenüber Parteien und dem politischen System zum großen Teil nur noch sehr schwer im Rahmen von Wahlen mobilisierbar sein – und falls es gelingt, erscheint die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich diese Bürgerinnen und Bürger Protestparteien zuwenden.

³¹ Dieses Ergebnis steht in Einklang mit dem mikrosoziologischen Ansatz zur Erklärung von (Nicht-)Wahlverhalten, wonach die Stimmabgabe/Wahlentscheidung in hohem Maße durch das direkte soziale Umfeld eines Befragten bestimmt wird. Quelle: Schoen, Harald 2014: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald: Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 169-224.

³² Vgl. dazu zum Beispiel Eilfort, Michael 2006: Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung. In: Beate Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 55-73.

Die Nichtwähler wurden darüber hinaus gefragt, welche Maßnahmen ihnen sinnvoll erscheinen, um die **Wahlbeteiligung** zu **erhöhen**. Danach haben aus Sicht der Zielgruppe lediglich Maßnahmen Aussicht auf Erfolg, die die **Beteiligungshürden** weiter **senken**: sei es, in dem man seine Stimme online – also räumlich unabhängig – abgeben könnte (74%), oder in dem man besser über die Möglichkeiten zur Briefwahl informiert (60%). Dabei scheint vor allem der Aspekt der Bequemlichkeit ausschlaggebend, denn eine Online-Wahl (die gegenüber der Briefwahl die Beteiligungshürde nochmals spürbar senken würde) hält fast jeder zweite Nichtwähler für sehr sinnvoll (45%).



Mehr oder länger geöffnete **Wahllokale** stoßen dagegen mehrheitlich auf Skepsis: Nicht einmal jeder dritte Befragte spricht sich für diese Maßnahmen aus (31% bzw. 28%). Das bestätigt die bisherigen Befunde, wonach in den allermeisten Fällen weniger ein Mangel an Gelegenheit vorliegt, sondern vielmehr die eigene Wahlbeteiligung häufig als ein so unwichtiger, unbequemer oder gar gering geschätzter Akt empfunden wird, dass es sich nicht lohnt, dafür das Haus zu verlassen.

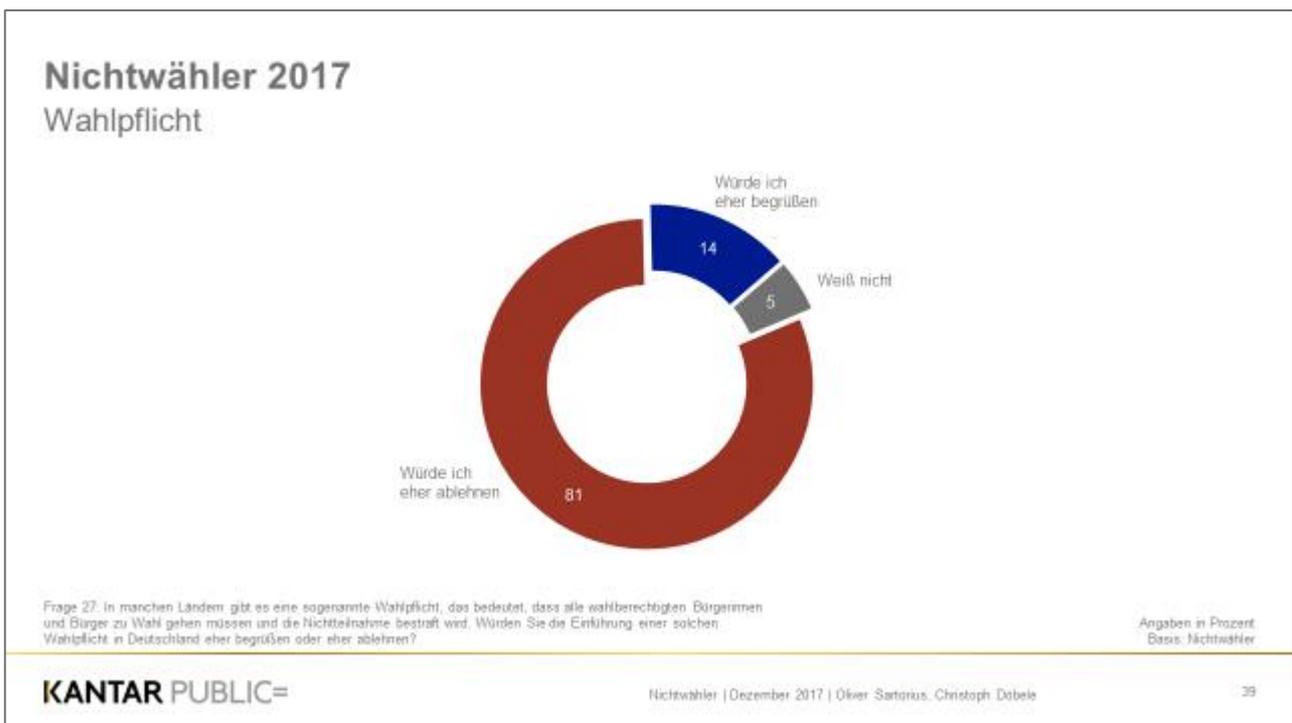
Eine **Absenkung des Wahlalters** auf 16 Jahre überzeugt gerade einmal jeden sechsten Befragten (16%). Nahezu jeder zweite Nichtwähler lehnt diese Maßnahme dagegen völlig ab (46%).

Eine **direkte Ansprache durch Politiker** im Rahmen eines Haustürwahlkampfes scheint sogar eher abschreckende Wirkung zu haben: Nur jedem Zwanzigsten erscheint dies als geeignetes Mittel, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen (5%), neun von zehn Nichtwählern empfinden es dagegen als (eher) kontraproduktiv (90%).

Der Blick auf die Teilgruppen zeigt, dass permanente Nichtwähler und politisch Unzufriedene fast allen abgefragten Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung skeptischer gegenüberstehen als sporadische Nichtwähler bzw. politisch Zufriedene. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird umso überzeugender empfunden, je jünger die Nichtwähler sind – aber selbst in der jüngsten Altersgruppe überzeugt die Idee nur jeden Fünften (20%). Die 18-34 Jährigen stehen den verschiedenen Vorschlägen im Vergleich zu den älteren Nichtwählern etwas positiver gegenüber. Die Möglichkeit zur Stimmabgabe über das Internet findet vor allem unter Nichtwählern Zustimmung,

die sich selbst der oberen Mittelschicht/Oberschicht zuordnen (89%), die über ein hohes Haushaltsnetto-Einkommen verfügen (80%) oder die mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden sind (84%) bzw. noch über eine starke Parteiidentifikation verfügen (84%). Diese Befunde deuten darauf hin, dass auch diese Maßnahme tendenziell eher die Teilgruppen zur Wahlteilnahme bewegen könnte, die sich sowieso schon durch eine höhere Wahlbeteiligung auszeichnen. Insofern ist die Maßnahme nicht oder nur eingeschränkt geeignet, die strukturelle Repräsentativität der Wählerschaft zu verbessern.

Im Zusammenhang mit der gesellschaftspolitischen Diskussionen um (langfristig) rückläufige Wahlbeteiligungen und möglichen Wegen zur Steigerung derselben, wird auch immer mal wieder die Möglichkeit einer **Wahlpflicht** in die Debatte eingebracht.³³



Wenig überraschend bewerten Nichtwähler eine Wahlpflicht unter Androhung von Sanktionen bei Nichtbeteiligung mit großer Mehrheit negativ: Vier von fünf Befragten würden eine Wahlpflicht (eher) ablehnen (81%), gerade einmal jeder Siebte würde sie begrüßen (14%).

Die Detailanalyse zeigt einen leichten Zusammenhang mit dem Alter: Je jünger die Nichtwähler desto eher begrüßen sie eine Wahlpflicht. Mit zunehmendem Alter verfestigt sich das Nicht-Wahlverhalten offenbar zunehmend, so wie sich auch andere Verhaltensweisen habitualisieren. Eine negative Sanktionierung stößt dann auf zunehmende Reaktanz. Noch am ehesten wird eine Wahlpflicht von denjenigen Befragten erwogen, die eine starke Parteiidentifikation aufweisen: Hier kann sich fast jeder Vierte (23%) mit der Einführung einer Wahlpflicht anfreunden.

Generell gilt aber, dass die ablehnende Haltung einer Wahlpflicht in allen ausgewiesenen Teilgruppen deutlich dominiert und einen Wert von 72 Prozent nie unterschreitet. Die Einführung einer Wahlpflicht erscheint somit nur bedingt geeignet, die Wahlbeteiligung und vor allem die Akzeptanz des bestehenden Systems politischer Repräsentation zu steigern.

³³ Siehe zum Beispiel Faas, Thorsten 2012: Thinking about Wahlpflicht: Anmerkungen zu einer überfälligen Diskussion. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 22. Jahrgang, Heft 3, S.407-418.